



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung



Jedes
Alter
zählt

Die Demografiestrategie
der Bundesregierung



Fakten zur demografischen Entwicklung Deutschlands 2010-2020

Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Vorworte



Verantwortungsbewusstes politisches Handeln braucht zeitgemäße, anwendbare Wissenschaft. Dies wird im Corona-Jahr deutlicher denn je. Die Vielfalt der Meinungen dazu, welche Maßnahmen die Richtigen sind in dieser uns weitgehend unbekannten Situation, ist groß. Aber eine Erkenntnis hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung fest etabliert: Fundierte Fachkenntnisse aus der Wissenschaft sind eine wesentliche Grundlage für verlässliches, vorausschauendes und kluges politisches Handeln. Politische Entscheidungsgremien tun gut daran, sich der Expertise ausgewiesener Fachleute zu bedienen. Dies gilt für die Corona-Pandemie gleichermaßen wie für andere Megathemen, die beispielsweise den Klimawandel oder den demografischen Wandel betreffen.

Als Ressortforschungseinrichtung des Bundes erfüllt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung heute mehr denn je eine wichtige Funktion an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschungstätigkeit auf der einen und Politikberatung auf der anderen Seite. Eine nur wenige Wochen nach dem ersten Lockdown erschienene Broschüre mit dem Titel „Eltern während der Corona-Krise“ mit aktuellen Forschungs-

befunden lieferte wichtige Erkenntnisse zur aktuellen Situation und rückte die besonderen Herausforderungen für Familien in die Öffentlichkeit. Des Weiteren förderte das Demografieportal des Bundes und der Länder, das ebenfalls vom BiB redaktionell betreut wird, den aktiven Erfahrungsaustausch zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung. Bei vielen seiner Initiativen griff das BMI auf die vorhandene wissenschaftliche Expertise des Instituts zurück.

Der vorliegende Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung belegt eindrucksvoll, wie intensiv die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die demografische Entwicklung während der letzten Jahren begleitet haben. Die inhaltliche Bandbreite ist bemerkenswert: Themen wie das internationale Migrationsgeschehen wurden ebenso aufgegriffen wie regionale Disparitäten innerhalb Deutschlands sowie Fragen zur Fertilität, zur Bevölkerungsalterung oder zur Vorausberechnung der Bevölkerung. Ein Sonderbeitrag zu COVID-19 und der daraus resultierenden Sterblichkeit rundet diesen Bericht mit einem aktuellen Ausblick ab.

Den demografischen Wandel aktiv zu gestalten ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Gerade in der gegenwärtigen Phase benötigen Einrichtungen wie das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Ressourcen, die Aufmerksamkeit und die Kooperation mit anderen beteiligten Akteur:innen, damit sie gemeinsam Hilfestellungen für die Politik und die Gesellschaft erarbeiten können. Nur so lässt sich der beständig und dynamisch ablaufende demografische Wandel erfolgreich angehen und die nötigen gesellschaftlichen Transformationen begleiten bewältigen. Wissenschaft wird somit auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag zu dieser wichtigen politischen Aufgabe leisten.

Prof. Dr. Ursula Staudinger

Rektorin der TU Dresden und Kuratoriumsvorsitzende
des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung



Demografische Fakten und Trends unterliegen im öffentlichen Diskurs immer wieder Wertungen und Dramatisierungen. Verbreitet entstehen daraus wirkmächtige demografische Narrative: Höhere Fertilitäts- und Bevölkerungswachstumsraten gelten vielfach als Vorzeichen einer „Bevölkerungsexplosion“, ein Absinken dieser Raten wurde und wird dagegen als Vorbote einer „demografischen Krise“ gedeutet. Begriffe wie „Überalterung“ suggerieren, dass es so etwas wie eine „normale“ oder „richtige“ Bevölkerungsgröße oder Bevölkerungsstruktur gäbe und sie unterstellen lineare und gleichgerichtete demografische Entwicklungen, die tatsächlich aber meist volatil und uneinheitlich verlaufen.

Solche Narrative erfüllen gerade durch ihre Tendenz zur Überzeichnung der demografischen Herausforderungen die wichtige Funktion der Schärfung der öffentlichen und der politischen Aufmerksamkeit. Allerdings sind sie nicht als Leitlinien für eine langfristig angelegte Politik mit demografischen Komponenten geeignet. Bevölkerungsorientierte Politik, die demografischen Wandel entschlossen gestalten will, darf sich von Über-

zeichnungen nicht leiten und von der eingeschränkten kurzfristigen Steuerbarkeit demografischer Entwicklungen nicht entmutigen lassen. Bevölkerungsorientierte Politik braucht Zeit, um ihre Wirkungen zu entfalten und sie braucht verzahntes Handeln auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Auf diesen Weg hat sich die Politik in Deutschland in den letzten zehn Jahren begeben.

Die demografische Entwicklung bezieht ihre Dynamik aus Veränderungen der Größe, der Zusammensetzung und der räumlichen Verteilung von Bevölkerungen. Diese Veränderungen entfalten sich wiederum infolge eines Wandels von Fertilität, Mortalität und Migration. Bevölkerungen sind niemals statisch. Demografischer Wandel findet vielmehr immer und überall statt. Die demografische Entwicklung ist, regional wie global, ein dauerhafter Prozess mit ständig wechselnden Tempi und Richtungen, der regional und sozialstrukturell zumeist beträchtlich variiert.

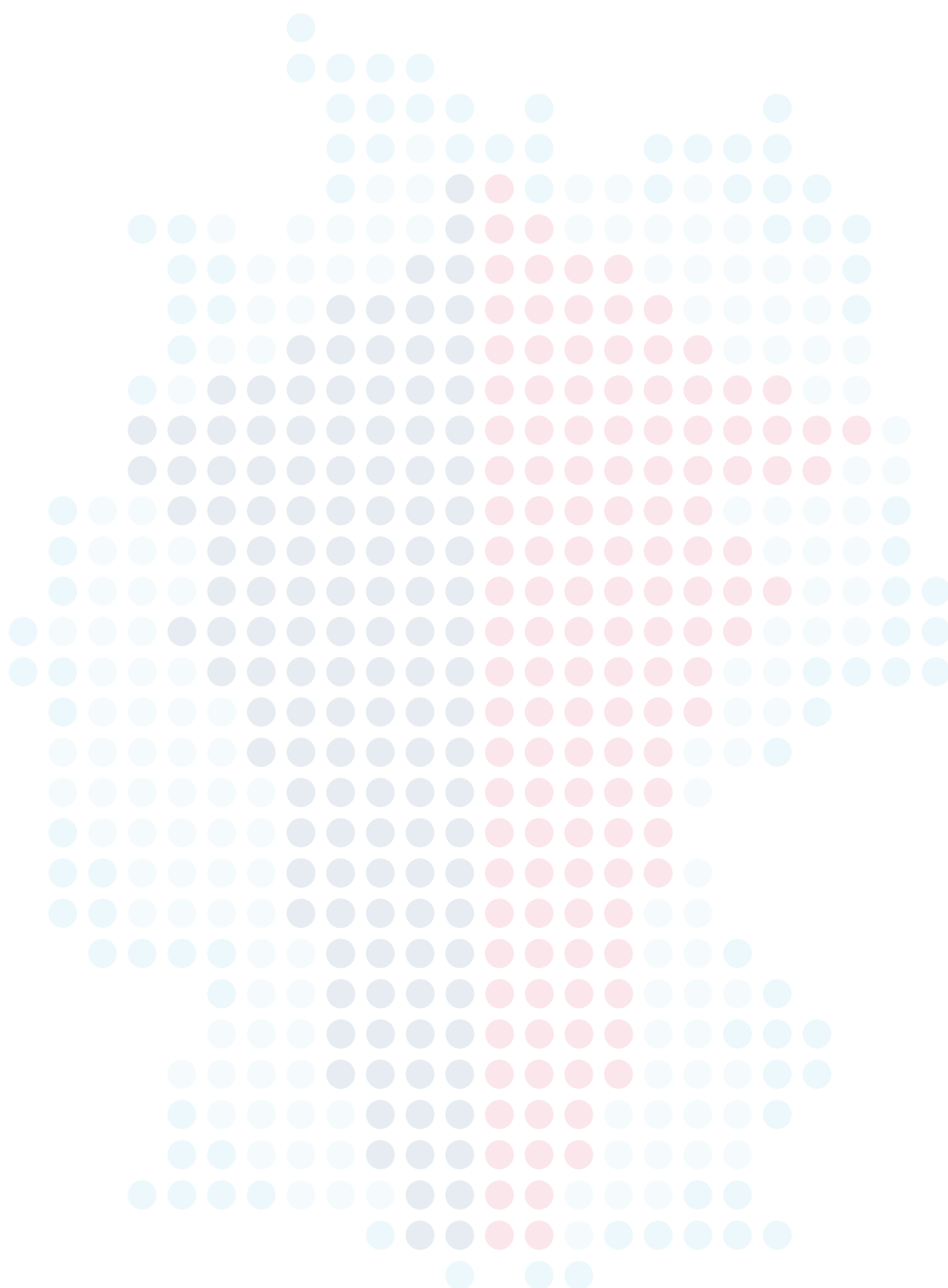
Bei nüchterner wissenschaftlicher Betrachtung demografischer Entwicklungen entsteht oftmals ein sehr differenziertes Bild. Bezogen auf die Situation in Deutschland sind zahlreiche demografische Herausforderungen zu identifizieren, aber keine Szenarien, die auf eine demografisch bedingte, bedrohliche Zukunft schließen lassen.

Vor diesem Hintergrund liefert der vorliegende Faktenteil des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zum „Résumé der Demografiapolitik“ des BMI Informationen, die die Vielschichtigkeit und den Facettenreichtum der demografischen Entwicklungen in Deutschland im letzten Jahrzehnt widerspiegeln und damit eine Grundlage für eine evidenzbasierte politische Gestaltung des demografischen Wandels bieten sollen. Bei dieser Betrachtung der demografischen Fakten der vergangenen Jahre wird deutlich, dass die Dynamiken von Themen wie Zuwanderung, Alterung oder regionale Disparitäten beständig neue Fragen und Herausforderungen aufwerfen – für die Demografie als Wissenschaft, für die bevölkerungsorientierte Politik und für den gesellschaftlichen Diskurs darüber, wie die Folgen der demografischen Entwicklung in Zukunft bewältigt werden sollen. Die demografische Frage ist und bleibt ein Dauerthema, das sich immer wieder in veränderter Form stellen wird.



Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung



Inhalt

Einleitung	7
1. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland	8
1.1 Bevölkerunggröße und -prognose	10
1.2 Bevölkerungszusammensetzung und -entwicklung	12
2. Alterung und Gesellschaft	18
2.1 Alterung in Zeiten gestiegener Lebenserwartung	20
2.2 Gesellschaftliche Perspektiven des Alterns	24
3. Fertilitätsentwicklung	26
3.1 Stabilisierung der Geburtenzahlen	28
3.2 Ursachen des Anstiegs der Geburtenziffer	32
4. Internationale Migration	36
4.1 Zuwanderung nach Deutschland	38
4.2 Von dauerhaft zu temporär: Migration im Wandel	44
5. Binnenwanderung	46
5.1 Wanderungsgeschehen allgemein und zwischen den Bundesländern	48
5.2 Entwicklung der Stadt-Land-Wanderung und der Pendlermobilität	52
Sonderbeitrag: COVID-19 und Sterblichkeit	56
Fazit und Ausblick	60
Literatur- und Datenverzeichnis	64

Einleitung

Die Betrachtung der demografischen Fakten und Trends in der Bundesrepublik Deutschland ergibt ein Bild demografisch bedingter Herausforderungen sowie damit verbundener Gestaltungschancen. Hierzu hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ein dreiteiliges demografiepolitisches Résumé für die 19. Legislaturperiode vorgelegt. Der vorliegende Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung bildet das wissenschaftliche Element dieses Résumés, indem er die demografische Entwicklung seit 2011 aufgreift und einen differenzierten Rück- und Ausblick gibt.

Maßgeblich zu beobachten und zu benennen sind dabei insbesondere fünf Entwicklungen:

- Seit den 1990er Jahren hat sich die demografische Lage wesentlich anders entwickelt als nach den seinerzeitigen Bevölkerungsvorausberechnungen zu erwarten war. Insbesondere hat sich die Schrumpfung der Bevölkerung nicht in der erwarteten Form eingestellt.
- Neuere Erkenntnisse zu den gesamtgesellschaftlichen Folgen der demografischen Alterung sowie zum Umgang damit legen nahe, dass die Bewältigung des Alterungsprozesses eine vielschichtige, aber in vielen Bereichen gut gestaltbare Aufgabe ist.
- Die Geburtenziffer hat sich im Lauf des letzten Jahrzehnts in Deutschland leicht erhöht. Dennoch bewegt sich die Fertilität der in Deutschland lebenden Frauen weiterhin auf niedrigerem Niveau.
- Die Zuwanderung nach Deutschland hat im letzten Jahrzehnt eine so nicht erwartete Dynamik entfaltet und wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen zugenommen hat.
- Die demografischen Entwicklungen verlaufen unterhalb der nationalen Ebene sehr heterogen. Viele Regionen entwickeln sich entgegen dem nationalen Trend. Einige profitieren vom demografischen Wandel, andere sind mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert.



1.

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland



Quelle: Ezra Bailey/Stone/Getty Images

Zentrale Aussagen:

- Deutschlands Bevölkerung ist im vergangenen Jahrzehnt auf eine Rekordgröße angewachsen. Noch nie lebten in Deutschland so viele Menschen wie derzeit.
- Das Bevölkerungswachstum in diesem Zeitraum ist vorwiegend auf hohe Zuwanderungsüberschüsse zurückzuführen.
- Der künftig zu erwartende Rückgang der Bevölkerung wird später als zunächst erwartet einsetzen und langsamer verlaufen als früher vorausberechnet wurde.
- Die regionalen Unterschiede im Bevölkerungswachstum sind nach wie vor groß.

1.1 Bevölkerungsgröße und -prognose

Mit Blick auf die Entwicklung der Zahl der in Deutschland lebenden Bevölkerung ist zunächst auffällig, dass der Bevölkerungsstand Ende des Jahres 2019 mehrere Vorausberechnungen aus den 2000er Jahren übertroffen hat (Abbildung 1).¹ Während 2018 zum ersten Mal die 83-Millionen-Einwohner-Marke in Deutschland überschritten worden war, setzte sich das Bevölkerungswachstum auch 2019^{2,3} fort. Im ersten Halbjahr 2020 ist die Bevölkerung geringfügig um 0,05 % geschrumpft.⁴

Die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2019 trägt der unerwarteten Bevölkerungsdynamik der Vorjahre Rechnung. Ihre Ergebnisse unterscheiden sich deshalb im Vergleich zu den früheren Vorausberechnungen einerseits hinsichtlich des Zeitpunkts, ab dem Deutschlands Bevölkerung nicht mehr wachsen, sondern schrumpfen wird und andererseits hinsichtlich Ausmaß und Geschwindigkeit, mit der die Schrumpfung erfolgen wird.

Gemäß den älteren Vorausberechnungen sollte der Schrumpfungsprozess bereits eingesetzt haben. Die Variante 2 der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2015 sah dagegen 2020 als das vorerst letzte Wachstumsjahr der deutschen Bevölkerungszahl. In der entsprechenden Variante der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung hat sich dieser Wendepunkt nun um wenige Jahre in die Zukunft auf das Jahr 2024 verschoben.

Die Vorausberechnungen unterscheiden sich stärker hinsichtlich der zu erwartenden Geschwindigkeit der Schrumpfung. So zeigt die Variante 2 der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung einen Rückgang der Bevölkerung von ihrem Höchststand um 3,7 % in den darauffolgenden 20 Jahren. Laut Variante 2 der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung kommt es dagegen nur zu einem Rückgang um 2,7 % im selben Zeitraum. Gemäß dieser Variante der jüngsten Vorausberechnung würde die Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2060 auf etwa das Niveau Gesamtdeutschlands in den frühen 1970er Jahren zurückfallen.

Die Bevölkerungszahl Deutschlands wird also abnehmen, aber deutlich moderater als noch vor wenigen Jahren angenommen. Die daraus resultierenden Konsequenzen werden sehr wahrscheinlich weit weniger dramatisch sein als Ende der 1990er Jahre befürchtet wurde.

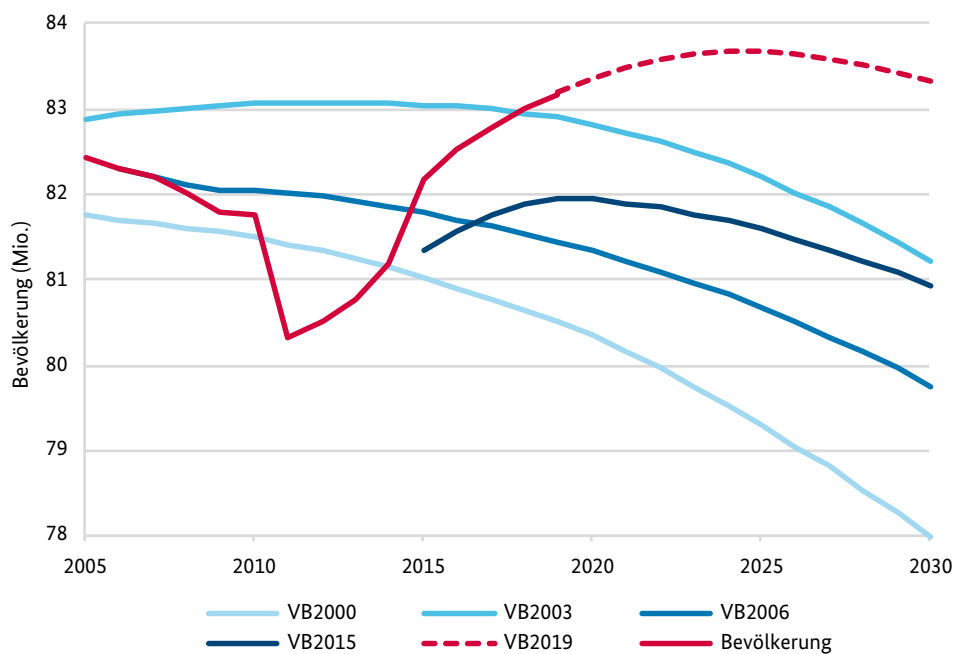
1 Hier wird jeweils exemplarisch Bezug auf die zweite Variante der jeweiligen Bevölkerungsvorausberechnung genommen. Die Variante 2 geht von einer moderaten Entwicklung der drei zentralen Größen Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung aus.

2 Pressemitteilung Nr. 244 des Statistischen Bundesamtes vom 27. Juni 2019.

3 Pressemitteilung Nr. 223 des Statistischen Bundesamtes vom 19. Juni 2020.

4 Pressemitteilung Nr. 404 des Statistischen Bundesamtes vom 13. Oktober 2020.

Abb. 1: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsvorausberechnungen (VB) im Vergleich, 2005-2030



Abgebildet ist jeweils die 2. Variante der angegebenen VB, außer für die VB2003, deren 5. Variante gezeigt wird;
Datenquellen: Statistisches Bundesamt, verschiedene Bevölkerungsvorausberechnungen, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

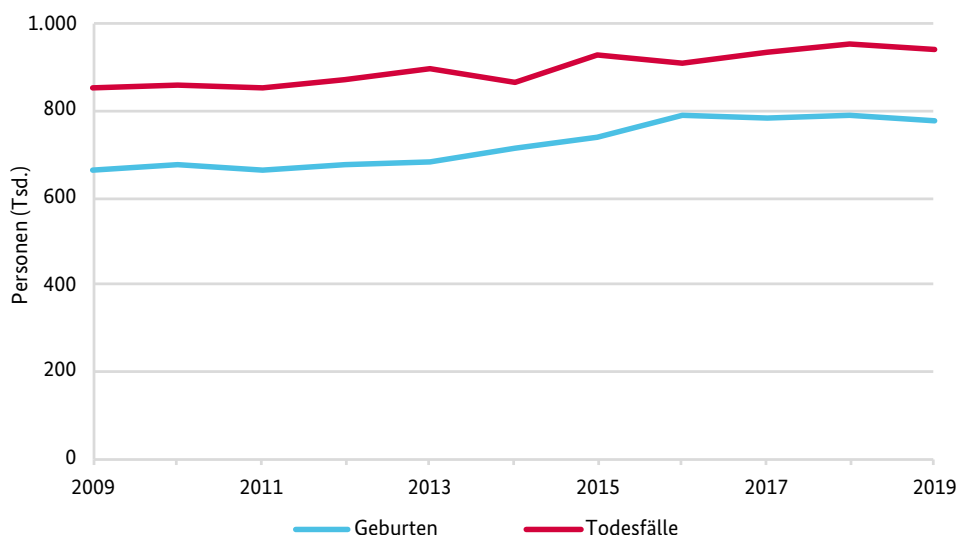
1.2 Bevölkerungszusammensetzung und -entwicklung

Die zumindest kurzfristige Abweichung der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung von ihrer Vorausberechnung wirft die Frage auf: Wie ist diese unerwartete Dynamik zustande gekommen und welche Implikationen ergeben sich daraus für die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands und ihrer Vorausberechnungen?

Veränderungen der Bevölkerungszahl zwischen zwei Zeitpunkten ergeben sich aus der Bilanz der Geburten und Todesfälle und aus der Bilanz der Zu- und Abwanderung. Das Geburtendefizit bzw. der Sterbeüberschuss (die so-

genannte „natürliche Bevölkerungsentwicklung“) haben sich im vergangenen Jahrzehnt relativ stabil zueinander verhalten (Abbildung 2). Zwar sind im Jahr 2019 rund 85.000 mehr Menschen in Deutschland gestorben als noch im Jahr 2009, jedoch waren 2019 auch rund 113.000 mehr Geburten in Deutschland zu verzeichnen als 2009. Die seit 1973 negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung wies zwar im Jahr 2019 weiterhin ein Defizit von rund 161.000 Menschen aus, hat sich damit aber von ihrem bisherigen Tiefstand von mehr als 200.000 Menschen im Jahr 2013 etwas entfernen können.

Abb. 2: Geburten und Todesfälle in Deutschland, 2009-2019



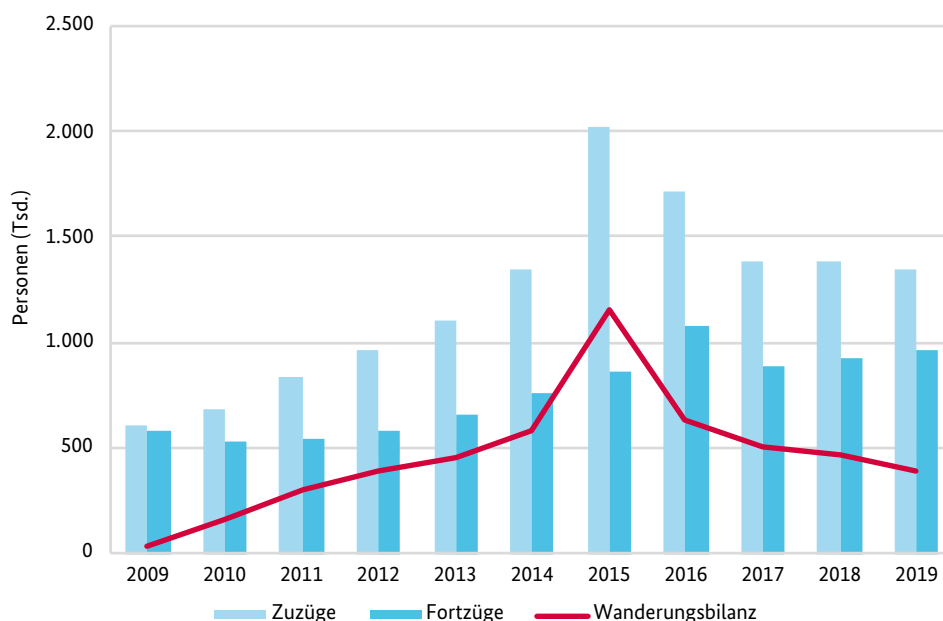
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Das unerwartete Wachstum der Bevölkerung in Deutschland wurde daher überwiegend von der Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland getragen. Ohne einen positiven Wanderungssaldo, der die negative natürliche Bevölkerungsbilanz kompensiert, würde die Bevölkerungszahl bereits seit über 40 Jahren abnehmen. Dies war zum Beispiel Mitte der 1980er Jahre und zwischen 2003 und 2010 der Fall. War die Zuwanderungsbilanz in den späten 2000er Jahren nur marginal positiv, so wies sie zwischen 2009 und 2019 einen durchschnittlichen Überschuss von 458.000 Menschen pro Jahr aus. In der Summe sind in diesem Zeitraum rund fünf Millionen mehr Menschen nach Deutschland zu- als abgewandert. Unterscheidet man Zuwanderinnen und Zuwanderer bzw. Auswanderinnen und Auswanderer nach ihrer Staatsangehörigkeit, so fällt auf, dass dieser Zuwanderungsüberschuss wiederum vorwiegend auf die Zuwanderung nichtdeutscher Staatsangehöri-

ger zurückzuführen ist, denn der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger war zwischen 2009 und 2019 durchweg negativ und belief sich kumuliert auf mehr als 500.000 Personen.

Mit Blick auf die Wanderungsbewegungen nichtdeutscher Staatsangehöriger sticht das Jahr 2015, in dem Deutschland eine außergewöhnliche Zuwanderung sowohl von Asylsuchenden als auch im Rahmen der europäischen Binnenwanderungen erfuhr, mit mehr als zwei Millionen Zuzügen von Ausländerinnen und Ausländern besonders aus der Entwicklung heraus (Abbildung 3). Jedoch wies die Zuwanderungsbilanz auch in den Vorjahren bereits einen Trend hin zu wachsenden Überschüssen auf. Ab 2016 ist die Zahl der Zuwanderinnen und Zuwanderer zwar wieder rückläufig, allerdings ist die Wanderungsbilanz immer noch höher als zu Beginn des Jahrzehnts.

Abb. 3: Zuzüge, Fortzüge und Wanderungsbilanz von Ausländerinnen u. Ausländern, 2009-2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

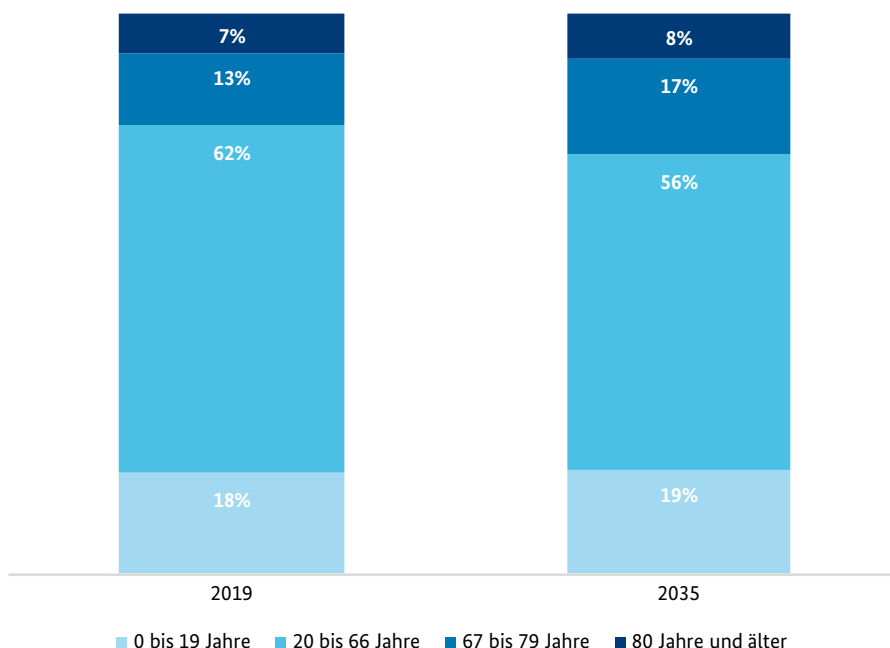
Infolge der gestiegenen Zuwanderung und der vergleichsweise hohen Fertilität von Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit hat sowohl die absolute als auch die relative Zahl der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen neuen Höchststand erreicht: Im Jahr 2019 lebten etwas mehr als zehn Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, was 12,4 % der Gesamtbevölkerung des Landes entsprach. Die überwiegende Mehrheit (85 %) der ausländischen Bevölkerung ist selbst nach Deutschland zugewandert.¹

Veränderungen der Migrationsströme erfolgen vielfach abrupt und sind generell schwer vorherzusagen. Explizit werden sie daher in den Bevölkerungsvorausberechnungen nicht betrachtet. Implizit fließen sie dagegen in die Annahmen über die Höhe der jährlichen Zuwanderungssalden ein. So würde der Effekt eines vereinzelt, sehr hohen Zuwanderungssaldos wie im Jahr 2015 durch die Annahme über-

durchschnittlich hoher Zuwanderungssalden über mehrere Jahre in die Vorausberechnung integriert. Folglich legt die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ihren jeweiligen Varianten höhere Zuwanderungssalden zugrunde als frühere Vorausberechnungen.

Vergleichsweise robust angesichts dieser dynamischen Migrationsentwicklung ist der Ausblick auf die fortgesetzte Alterung der Gesellschaft. Hier zeigt die 2. Variante der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung an, dass sowohl der Anteil der Hochbetagten (80 Jahre und älter) als auch der Anteil der Bevölkerung zwischen 67 und 79 Jahren an der Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2035 auf neue Rekordhöhen steigen werden (Abbildung 4). Abnehmen wird dagegen vor allem der Anteil der 20- bis 66-Jährigen. Weitgehend stabil bleiben wird der Anteil der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter.

Abb. 4: Bevölkerung in Deutschland nach Altersgruppen 2019 und 2035



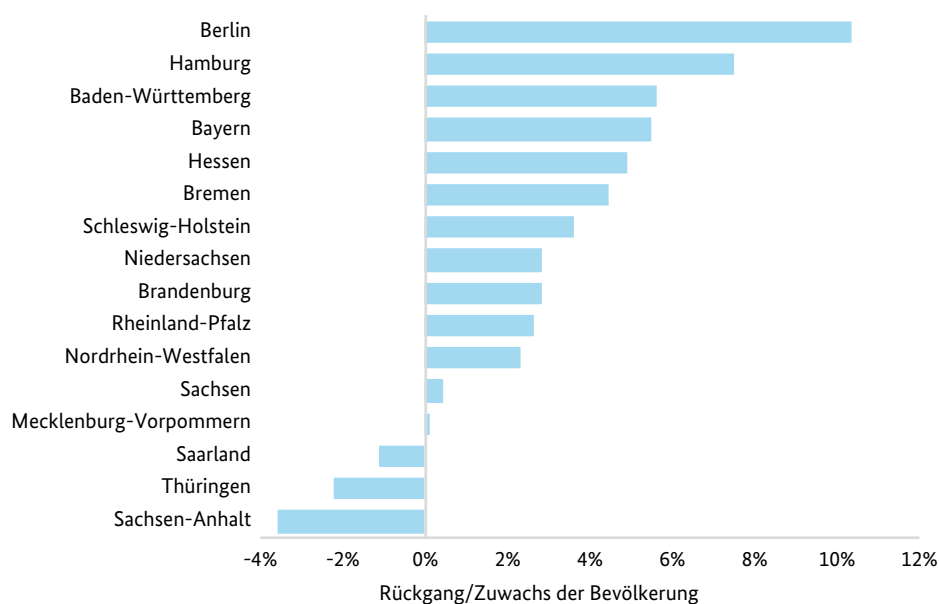
Datenquelle: 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

¹ Pressemitteilung Nr. 279 des Statistischen Bundesamtes vom 28. Juli 2020

Unterhalb der Bundesebene ist die Bevölkerungsentwicklung nach wie vor unausgeglichen über Deutschland verteilt (Abbildung 5). Während die Bevölkerung in den beiden süddeutschen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg im Jahr 2019 um mehr als 5 % über dem Niveau von 2011 lag und die Bevölkerung Berlins sogar um etwa 10 % wuchs, hatten in Ostdeutschland Sachsen-Anhalt und Thüringen

und in Westdeutschland das Saarland eine Schrumpfung der Bevölkerung im Vergleich zum Jahr 2011 zu verzeichnen. Allerdings haben sich die Bevölkerungszahlen der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen stabilisiert, während das Land Brandenburg sogar einen deutlichen Zuwachs an seiner Bevölkerung verbuchen konnte.

Abb. 5: Veränderung der Bevölkerung der Bundesländer zwischen 2011 und 2019

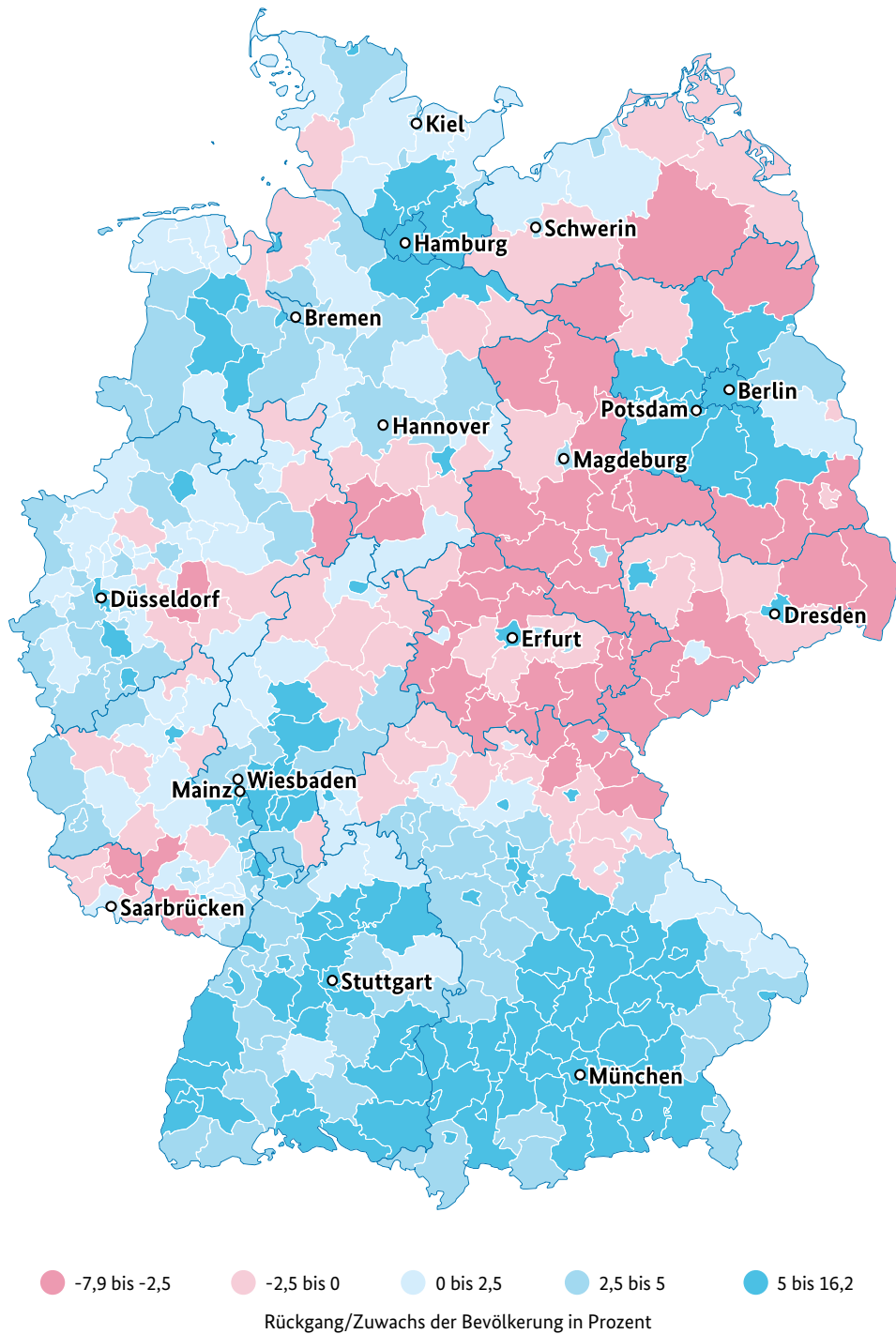


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Die räumlichen Unterschiede in der Veränderung der Bevölkerung stellen sich auf der Kreisebene noch einmal differenzierter dar (Abbildung 6). Zahlreiche Großstädte und ihre unmittelbare Umgebung hatten ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Jedoch weist u. a. die Ballungsregion Ruhrgebiet im Durchschnitt der letzten Jahre eine zurückgehende Bevölkerung auf. Der Ost-West-Unterschied hat sich im Zeitverlauf abgemildert, allerdings sind

einige ostdeutsche Landkreise weiterhin mit zweistelligen Raten geschrumpft. Insgesamt dominieren auf Kreisebene und im Hinblick auf Siedlungstypen (Großstädte, suburbane Verdichtungsräume, Mittelstädte und ländliche Kreise) volatile Entwicklungen. Nur wenige Regionen wuchsen in den letzten 25 Jahren stabil und nur wenige schrumpften dauerhaft.

Abb. 6: Veränderung der Bevölkerung 2011-2019

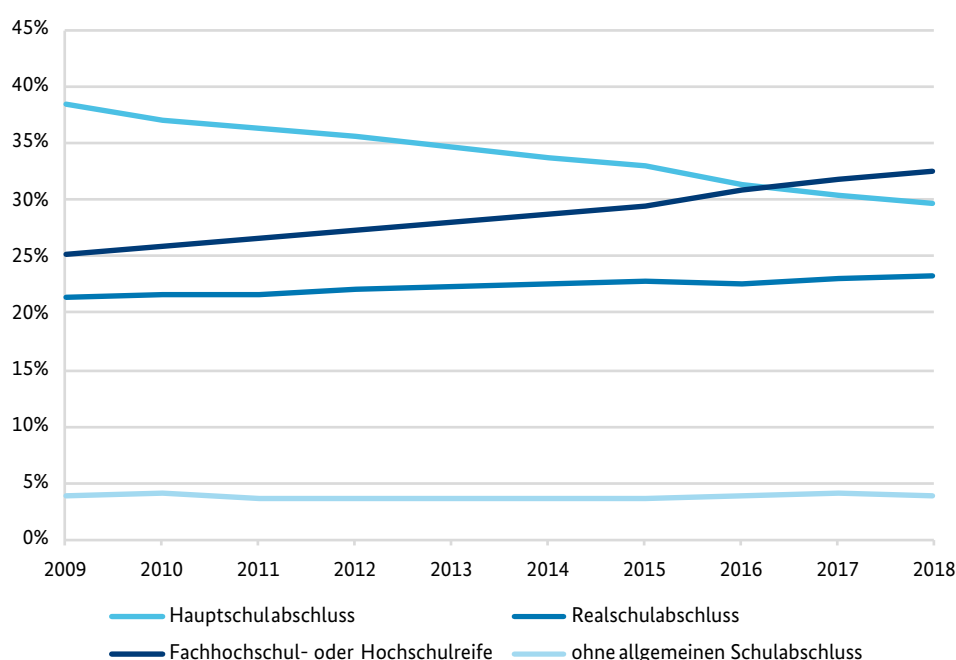


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
© GeoBasis-DE / BKG (2019)

Demografische Betrachtungen der Bevölkerungsstruktur fokussieren regelmäßig auf die Altersstruktur und auf die Geschlechterstruktur einer Bevölkerung. Mit dieser Beschränkung bleiben zentrale Merkmale ausgeblendet. Künftig wird es darum gehen müssen, weitere Merkmale der Sozialstruktur einer Bevölkerung in die Betrachtungen einzubeziehen. So sind etwa Entwicklungen der Bildungsstruktur einer Bevölkerung für deren gesellschaftliche und

wirtschaftliche Zukunft von entscheidender Bedeutung. Für Deutschland lassen sich hier positive Entwicklungen beobachten (Abbildung 7). So ist der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der die Fachhochschul- oder Hochschulreife erlangt hat, zwischen 2009 und 2018 um mehr als acht Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil der Absolventinnen und Absolventen der Hauptschule um mehr als neun Prozentpunkte gesunken ist.

Abb. 7: Bevölkerung ab 15 Jahren nach Schulabschluss, 2009-2018



Fehlende Werte zu 100 %: noch in schulischer Ausbildung, Abschluss der polytechnischen Oberschule, ohne Angabe zur Art des Abschlusses.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



2.

Alterung und Gesellschaft



Quelle: Westend61/Getty Images

Zentrale Aussagen:

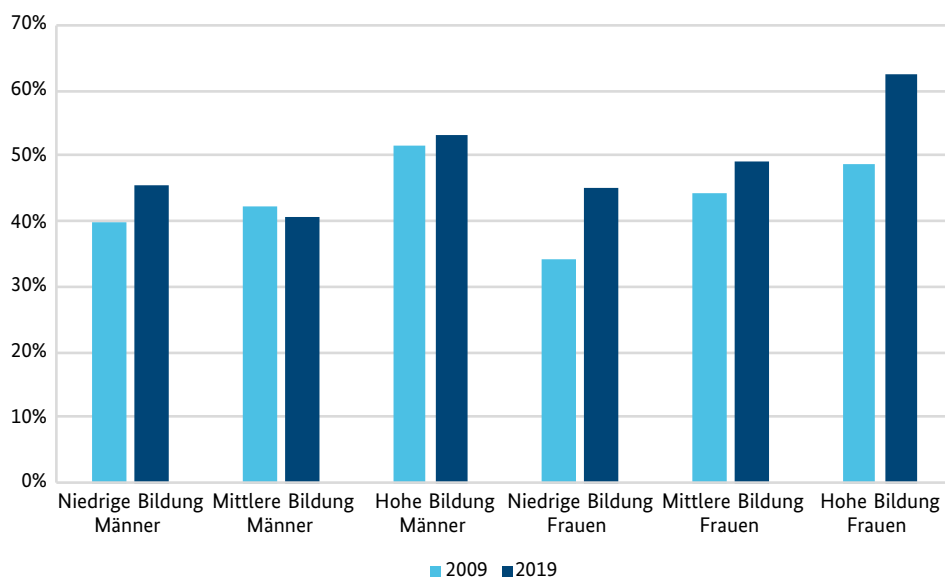
- Alter und Alterung sind jenseits ihrer biologischen Grundlagen kulturell überformte und gesellschaftlich konstruierte Institutionen und damit auch politisch gestaltbar.
- Rein altersbezogene Maßzahlen verlieren infolge des Wandels von Alter und Alterung an Aussagekraft.
- Die Auswirkungen der Alterung auf den Arbeitsmarkt sind durch die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren insgesamt bisher geringer ausgefallen als vielfach erwartet.
- Regionale Unterschiede in der demografischen Alterung sind nach wie vor hoch.
- Wesentliche neue Herausforderungen der Alterung werden vor allem bei der Versorgung der Hochbetagten und beim Umgang mit sozialen und regionalen Unterschieden liegen.

2.1 Alterung in Zeiten gestiegener Lebenserwartung

Wenn in der öffentlichen Diskussion von Herausforderungen durch den demografischen Wandel für Deutschland gesprochen wird, bezieht sich dies auf nationaler Ebene in der Regel auf den Alterungsprozess der Gesellschaft. Allerdings gilt es zu beachten, dass der Begriff der Alterung keiner starren Definition unterliegt, sondern im Zeitverlauf veränderlich sein kann. Dies deutet Abbildung 8 an, in der die Anteile von Männern und Frauen im Alter von 65-74 Jahren eingezeichnet sind, die ihre Gesundheit als gut bis sehr gut einschätzen. Differenziert wird diese Einschätzung

jeweils nach dem Bildungsstand und dem Jahr. Zu beobachten ist eine Verbesserung der Gesundheitseinschätzung für beide Geschlechter und alle Bildungsniveaus zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2019. Damit schätzen Personen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren gegenwärtig ihren Gesundheitszustand besser ein als noch vor einem Jahrzehnt. Mitverantwortlich für diesen Wandel scheint ein Anstieg der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in diesem Alter zu sein.

Abb. 8: Anteil der Männer und Frauen im Alter 65-74, die ihre Gesundheit als gut – sehr gut einschätzen, nach Bildung, 2009 und 2019



Datenquelle: Eurostat (2020b), Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Allerdings bleiben Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus weitgehend bestehen, auch da die Verbesserung der Gesundheitseinschätzung bei den hochgebildeten Frauen vergleichsweise groß ausfällt. Das heißt, die Ungleichheit, wie die Bevölkerung im Alter zwischen 65 und 74 den Prozess der Alterung gesundheitlich wahrnimmt, besteht weiterhin. Diese subjektiven Einschätzungen werden ergänzt um objektiv bleibende Herausforderungen für die Zukunft: Werden sich die gesellschaftlichen Herausforderungen des Alterungsprozesses in den 2020er Jahren insbesondere auf den Arbeitsmarkt, das Rentensystem und die Einnahmenseite des Gesundheitssystems konzentrieren, so werden sich voraussichtlich in den 2030er Jahren auch erhebliche Anstiege bei der allgemeinen Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen ergeben.

Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren wird in Deutschland in den 2020er Jahren durch den Eintritt der Babyboomer¹ in das Rentenalter nochmals einen deutlichen Zuwachs erfahren. Dieser Effekt wird sowohl durch die Größe dieser Babyboomer-Geburtsjahrgänge als auch durch ihre im Vergleich zu älteren Jahrgängen höhere Lebenserwartung getragen; so liegt die verbliebene Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren aktuell bei 17,9 Jahren für Männer und bei 21,1 Jahren für Frauen. Zusammen mit den auf Grund gesunkener Geburtenraten kleineren nachrückenden Kohorten wird daher erwartet, dass der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (definiert hier als 20-66 Jahre) von gegenwärtig etwa 65 % im Laufe des nächsten Jahrzehnts auf unter 60 % fallen wird.

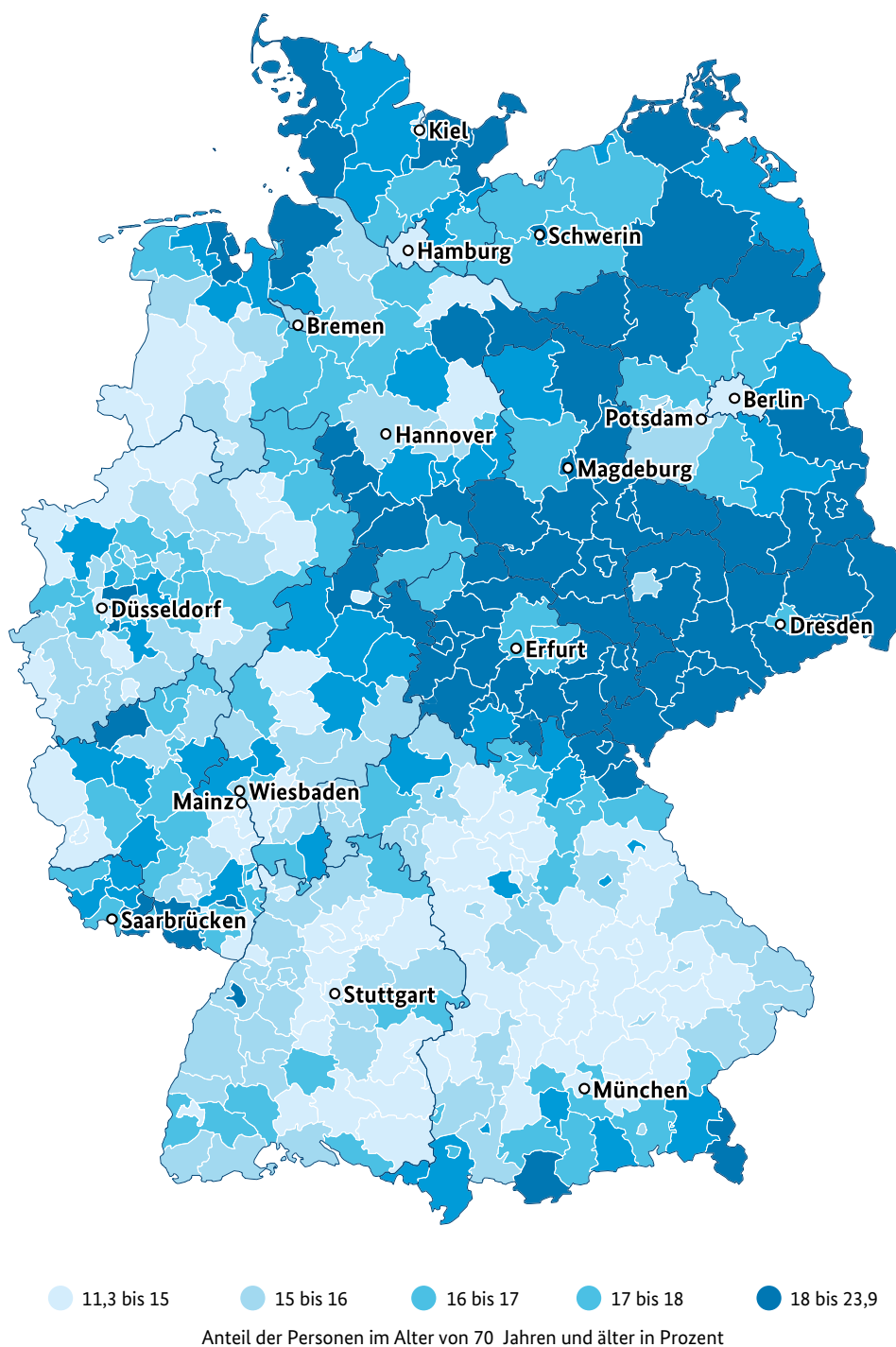
Die verwendete Maßzahl zur Erfassung der Alterung der Bevölkerung hat dabei einen direkten Einfluss darauf, zu welchem Ergebnis man bei der Einordnung des Alterungsprozesses kommt. Betrachtet man die Entwicklung des Medianalters – also des Alters, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, so dass 50 % jünger und 50 % älter sind –, so liegt der Schluss nahe, dass der Alterungsprozess der deutschen Bevölkerung relativ weit fortgeschritten ist. Das Medianalter stieg von 35,6 Jahren in 1975 auf 45,9 Jahre in 2020. Basierend auf Variante 2 der 14. koordinierten Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird es bis 2035 nur um anderthalb weitere Jahre auf 47,4 Jahre ansteigen, bis 2040 auf 48,3 Jahre. Der weitaus größere Teil dieses Anstiegs liegt demnach bereits in der Vergangenheit. Man könnte hierdurch zu dem Schluss kommen, dass die gesellschaftlichen Folgen der Alterung schon heutzutage umfassend zu Tage treten müssten. Dies würde jedoch nicht berücksichtigen, dass die Entwicklung des Medianalters Verschiebungen in der Altersstruktur innerhalb der älteren Bevölkerung verbirgt, sprich: der erwartete weiter andauernde Anstieg der Bevölkerung von 70 und mehr Jahren und vor allem der hochbetagten Bevölkerung ab 80 Jahren. Hier wird ein weiterer Anstieg des Anteils der Personen im Alter 70 und älter von momentan 16 % an der Gesamtbevölkerung auf 23 % im Jahr 2040 erwartet, wenn mehr als jeder fünfte Einwohner Deutschlands 70 Jahre und älter sein wird. Der Anstieg des Anteils der Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren erfolgt entsprechend zeitversetzt und wird voraussichtlich zur Mitte des 21. Jahrhunderts seinen Höhepunkt erreichen, wenn knapp jeder Achte hochbetagt sein wird.

1 „Als Babyboomer werden Personen bezeichnet, die etwa von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre geboren wurden. In diesem Zeitraum gab es außergewöhnlich viele Geburten in Deutschland.“, Quelle: Demografieportal.

Im Unterschied zu Vorausberechnungen der Gesamtbevölkerung können Vorausberechnungen zur Anzahl älterer Personen auf nationaler Ebene mittelfristig mit relativ hoher Zuverlässigkeit gemacht werden. Veränderungen in der Sterblichkeit finden vergleichsweise langsam statt, und Veränderungen der Personenzahl durch internationale Zu- oder Abwanderung spielen bei über 70-Jährigen kaum eine Rolle. Hierdurch sind zukünftige Entwicklungen relativ gut prognostizierbar, was sich bei der Bewältigung von Herausforderungen durch den Alterungsprozess als hilfreich erweisen kann.

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf deutschlandweite Entwicklungen. Innerhalb Deutschlands existieren aber erhebliche regionale Unterschiede in der Bevölkerungsverteilung und -entwicklung. Abbildung 9 verdeutlicht dies anhand des Anteils der Bevölkerung im Alter von 70 Jahren und älter an der Gesamtbevölkerung: Auf der Kreisebene variiert dieser Anteil zwischen 7,8 % und 17,7 %. Die Ursachen für die regionalen Disparitäten sind sehr unterschiedlich. Wirtschaftlich prosperierende Regionen und Universitätsstädte weisen oft relativ junge Bevölkerungen auf, wozu insbesondere die Zuwanderung junger Personen beiträgt. Unter den Regionen mit relativ alten Bevölkerungen finden sich Gebiete, die in den letzten Jahrzehnten wirtschaftliche Strukturwandel durchmachen mussten, was zu Abwanderungen unter der jungen Bevölkerung geführt hat (z. B. Teile Ostdeutschlands, das Saarland und das Ruhrgebiet). Es finden sich aber auch Gebiete, die als Zuzugsregionen für Rentnerinnen und Rentner eine hohe Attraktivität besitzen (z. B. Baden-Baden, Alpenvorland, Küstenregionen). Abzunehmen scheint die so genannte „Stadtflucht“ der Senioren und Seniorinnen (Engfer, 2018).

Abb. 9: Anteil der Bevölkerung im Alter von 70 Jahren und älter nach Kreisen, 2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
© GeoBasis-DE / BKG (2019)

2.2 Gesellschaftliche Perspektiven des Alterns

Um das Ausmaß und das Fortschreiten der Alterung zu erfassen, werden ergänzend zum Medianalter häufig Altenquotienten herangezogen. Hinter der Verwendung des Altenquotienten steht die Überlegung, dass 65-jährige und ältere Personen zum überwiegenden Teil im Ruhestand und damit von den Erwerbstätigen „abhängig“ sind, 20- bis 64-jährige Personen dagegen erwerbstätig sind. Der Altenquotient gibt daher das Verhältnis der Personen im Rentenalter (65 Jahre und älter) zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter an.

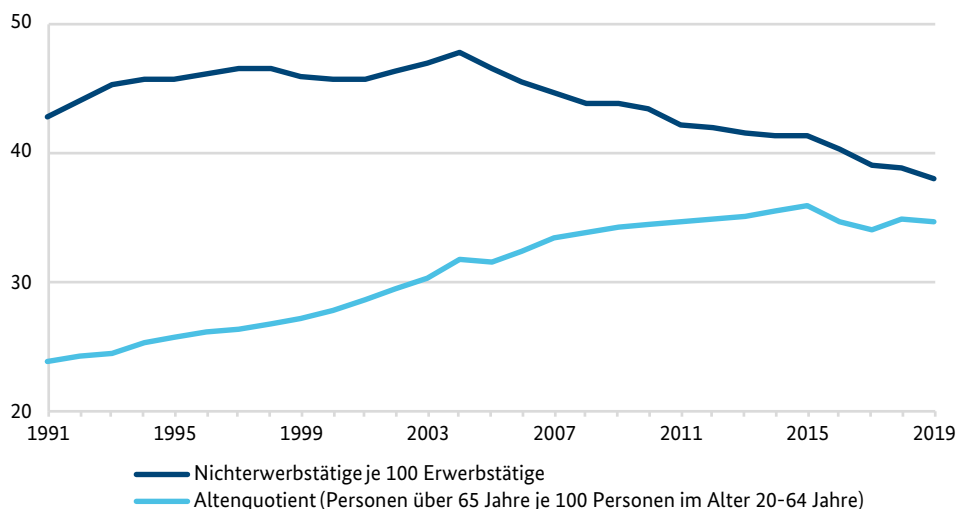
Wenn auch hilfreich für eine rein demografische Betrachtung, so ist diese Maßzahl zur genaueren Beurteilung der Folgen der Alterung für eine Gesellschaft nicht sehr aussagekräftig, wie Abbildung 10 verdeutlicht. Dort ist die Entwicklung des Altenquotienten neben der des ökonomischen Abhängigkeitsquotienten dargestellt. Der ökonomische Abhängigkeitsquotient drückt das Verhältnis der Nichterwerbstätigen im Alter ab 20 Jahren zu 100 Erwerbstätigen im Alter ab 20 Jahren aus. Abbildung 10 zeigt, dass zwar der Altenquotient in den vergangenen drei Jahrzehnten nahezu kontinuierlich angestiegen ist, aber der ökonomische Abhängigkeitsquotient seit Mitte der 2000er Jahre rückläufig ist. Letzteres ist vor allem auf einen generellen Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung als auch auf deutliche Anstiege bei der Erwerbstätigkeit bei Männern wie Frauen im Alter von 55 Jahren und älter zurückzuführen. Das heißt, ein steigender Altenquotient muss nicht zwangsläufig mit einem höheren Anteil der Nichterwerbstätigen an den Erwachsenen einhergehen. Während beim Altenquotienten von einem sich noch verstärkenden Anstieg ausgegangen werden kann (bis 2035 auf über 50 Personen im Alter von 65 und höher je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter, Variante 2 der 14. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung), hängt die weitere Entwicklung des ökonomischen Abhängigkeitsquotienten zusätzlich von der Erwerbs-

beteiligung ab. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen in den nächsten 20 Jahren wird zunächst der Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand sein.

Bei der Abschätzung zukünftiger Erwerbsbeteiligung in Deutschland ist ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit einem erwarteten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials von Bedeutung: Gerade bei Frauen, aber ebenso bei älteren Erwerbstätigen gibt es bisher ungenutztes Potenzial bei den geleisteten Arbeitsstunden pro Woche. Würde dieses erschlossen, könnten die durch die Verrentung der Babyboomer entstehenden Lücken weitgehend geschlossen werden (Klüsener et al., 2019).

Zudem begegnet man in Analysen und Projektionen der Alterung auch dem Begriff der „Überalterung“. Dieser Begriff ist jedoch problematisch in der Hinsicht, dass nirgends definiert ist, ab wann eine Gesellschaft als zu alt oder eben als „überaltert“ gilt. Ähnlich wie bereits für den Begriff der „Alterung“ gezeigt, bezieht sich die Verwendung dieses Begriffes rein auf Verschiebungen in der Altersstruktur, außer Acht lassend, dass für die Beurteilung der gesellschaftlichen Herausforderungen durch einen steigenden Anteil älterer Personen eine viel differenziertere Betrachtung notwendig ist. Das biologische Alter greift zu kurz, um zu erfassen, wie eine Gesellschaft mit Veränderungen in der Altersstruktur ihrer Bevölkerung umgehen kann. Eigenschaften der bzw. des Einzelnen und der Bevölkerung insgesamt wie Gesundheitszustand, Bildungsstand, Erwerbsbeteiligung, intergenerationeller Zusammenhalt u. ä. sind ausschlaggebend dafür, inwieweit sich die verschiedenen Aspekte der Alterung als Chance oder Herausforderung gestalten. Daher bedarf es zusätzlich zur Analyse der rein demografischen Entwicklung der Betrachtung der „Eigenschaften“ und des Handelns der Mitglieder einer Gesellschaft.

Abb. 10: Entwicklung von Altenquotient und ökonomischem Abhängigkeitsquotient, 1991-2019



Datenquellen: Statistisches Bundesamt und Mikrozensus, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

So gilt es als unbestritten, dass in einer Gesellschaft mit hohem Humankapital die bzw. der Einzelne als auch die Gesellschaft insgesamt ganz anders mit den Herausforderungen der Alterung umgehen können als eine Gesellschaft mit niedrigerem Humankapital. Vergangene und andauernde Erhöhungen beim formalen Bildungsniveau der Bevölkerung bedeuten, dass die „neuen Alten“ im Schnitt besser gebildet sein werden als die heutigen älteren Generationen. Zudem ist zu erwarten, dass, infolge des positiven Zusammenhangs zwischen formalem Bildungsniveau und Gesundheit, die Älteren in Zukunft im Durchschnitt gesünder sein werden als derzeit. Schon jetzt zeigt sich beim sogenannten „Dritten Alter“, also der Lebensphase zwischen dem 60. und dem 80. Lebensjahr, dass zentrale Tätigkeiten aus früheren Lebensabschnitten in zunehmendem Maße ohne größere Einschränkungen fortgeführt werden können, gleichzeitig nimmt die Vielfalt der Lebenslagen mit zunehmendem Alter im Lebensverlauf immer weiter zu (Mergenthaler et al., 2020).

Nichtsdestotrotz nehmen gesundheitsbedingte Einschränkungen mit dem Alter zu, bei Frauen stärker als bei Männern. Pflegebedürftigkeit steigt vor allem bei Personen im Alter von 80 Jahren und älter an, so dass mit einem Anstieg der Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen gerechnet werden kann. Weiterhin besteht eine große

Herausforderung für die gesellschaftliche Bewältigung des Alterungsprozesses zudem darin, dass die durchschnittliche Lebenserwartung von sozial gut situierten Personengruppen deutlich höher ist als die von sozial benachteiligten Bevölkerungsteilen (Kibele et al., 2013). Dieser Aspekt ist etwa für pauschale Verschiebungen des Renteneintrittsalters von Relevanz.

Zuletzt sei auch im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt noch auf Anstiege im formalen Bildungsniveau der Bevölkerung verwiesen: Einerseits steigen mit dem Bildungsstand die durchschnittliche Erwerbsbeteiligung und das individuelle Erwerbsvolumen, zum anderen ergeben sich positive Effekte für die Pro-Kopf-Produktivität – mit positiven Effekten auf die Gesamtproduktivität. Allerdings zeigen einige Modellrechnungen auch, dass die positiven Effekte erwarteter Veränderungen in der Bildungsstruktur im Fall von Deutschland für zukünftiges Wirtschaftswachstum eher gering sein werden und den Konsequenzen der Alterung nur bedingt entgegenwirken können (Kotschy und Sunde, 2018). Hier ist weitere Forschung nötig, um ein belastbareres Bild künftiger Entwicklungen erhalten zu können.



3.

Fertilitätsentwicklung



Quelle: Guido Mieth/DigitalVision/Getty Images

Zentrale Aussagen:

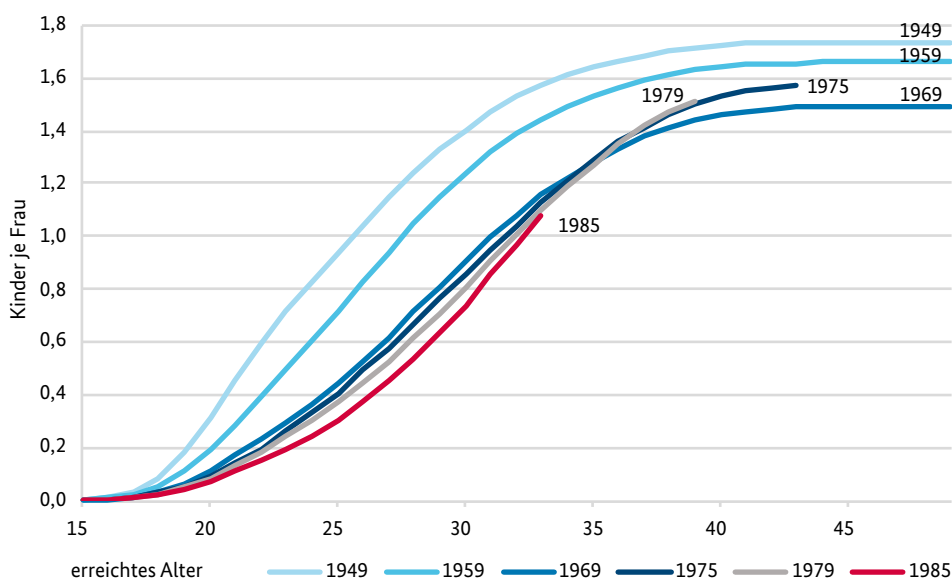
- Frauen ab dem Jahrgang 1975 und jünger bekommen im Durchschnitt wieder mehr Kinder, allerdings in einem höheren Alter als frühere Jahrgänge.
- Auch Männer werden zunehmend erst in einem späteren Lebensalter Vater.
- Die häufig betrachtete periodenbezogene Geburtenziffer (TFR) hat das Geburtengeschehen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich unterschätzt.
- Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit weisen aktuell eine spürbar höhere Geburtenziffer auf als Frauen deutscher Staatsangehörigkeit.
- Sowohl in Deutschland als auch in mehreren weiteren EU-Mitgliedstaaten liegt nach wie vor ein negativer Zusammenhang zwischen Bildung der Frau und Geburtenziffer vor.

3.1 Stabilisierung der Geburtenzahlen

In den 1950er und 1960er Jahren wurden in Deutschland noch verhältnismäßig viele Kinder geboren, gleichzeitig war die dauerhafte Kinderlosigkeit sehr gering. Die in diesen Jahren geborenen Menschen, die heute sogenannten „Babyboomer“, waren sehr große Kohorten mit bis zu über 1,3 Millionen Geburten im Jahr 1964. Ab Ende der 1960er Jahre setzte allerdings ein massiver Geburtenrückgang ein. Das in der Folge niedrige Geburtenniveau dauerte über 40 Jahre an. Abbildung 11 zeigt am Beispiel der Kohortenfertilität die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl je

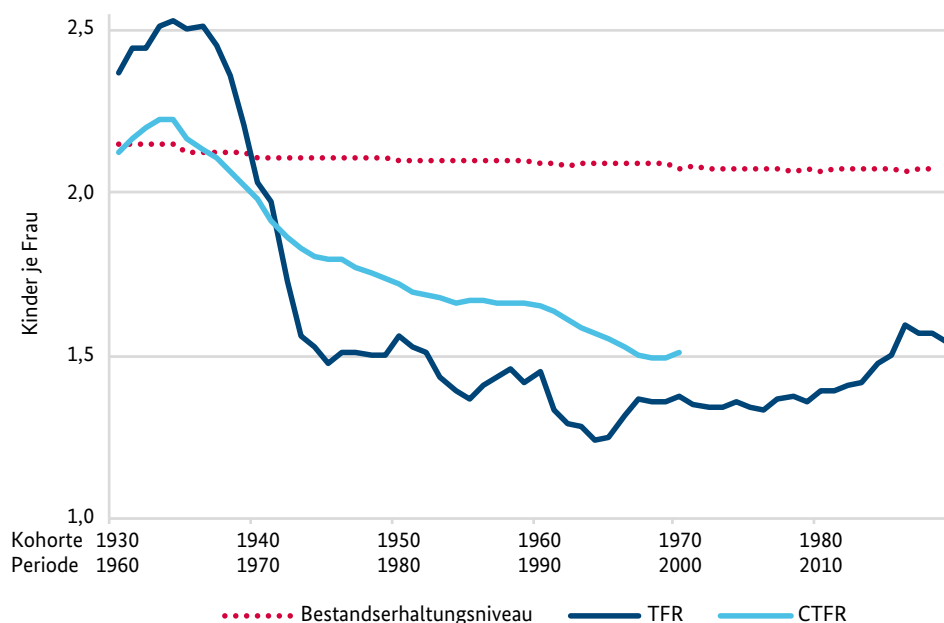
Frau nach Geburtsjahrgängen. Der Jahrgang 1969 weist erkennbar eine besonders niedrige Kinderzahl auf, wobei der Vergleich zu den kinderreicheren Jahrgängen 1959 und 1949 das Ausmaß des Rückgangs zeigt. Die Geburtenziffern der jüngeren Jahrgänge deuten jedoch auf eine Stabilisierung mit Blick auf die Kinderzahl hin. So weisen die Geburtsjahrgänge 1975 und 1979 im Alter zwischen 35 und 45 wieder eine höhere Kinderzahl auf als der 1969er Jahrgang.

Abb. 11: Kinderzahl je Frau nach Geburtsjahrgängen in Deutschland, 2018



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 12: Endgültige Kinderzahl je Frau (CTFR) und zusammengefasste Geburtenziffer (TFR), 2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Dabei ist auffällig, dass die Frauen der jüngeren Jahrgänge ihre Kinder häufiger erst in einem höheren Alter bekommen als ältere Jahrgänge: Die 1975er und 1979er Jahrgänge überholen den 1969er Jahrgang nämlich erst im Alter von 35 Jahren, während sie im Alter von unter 30 Jahren noch deutlich weniger Kinder aufweisen. Auch der 1985er Jahrgang scheint dieser Entwicklung zu folgen.

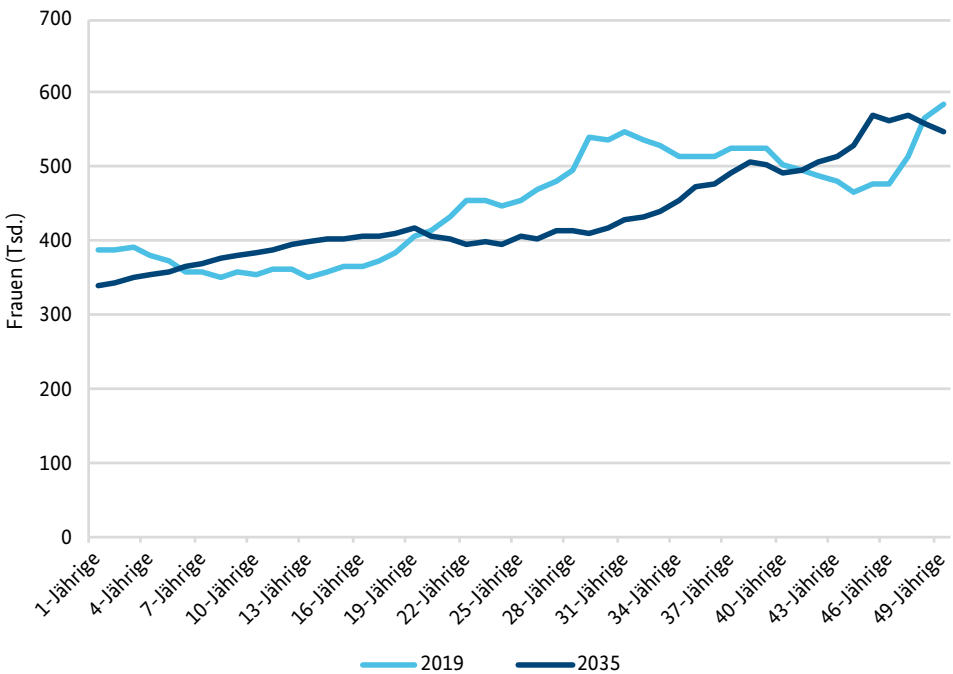
Diesen Trend hin zu mehr Kindern im späteren Alter gilt es auch bei der Interpretation der zusammengefassten Geburtenziffer (engl. Total Fertility Rate, TFR) und der endgültigen Kinderzahl je Frau (engl. Cohort Total Fertility Rate, CTFR) zu beachten. Die zusammengefasste Geburtenziffer zeigt für ein Kalenderjahr an, wie viele Kinder durchschnittlich je Frau geboren werden. Die endgültige Kinderzahl je Frau zeigt dagegen die Gesamtzahl an Kindern an, die die Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs durchschnittlich während ihres Gebäralters zur Welt bringen. Im Gegensatz zur CTFR ist die TFR schon für Frauen unter 49 Jahren verfügbar. Sie ist deshalb eine häufig verwendete Kennziffer für die Darstellung der aktuellen Geburtenentwicklung.

In Abbildung 12 ist deshalb sowohl die Fertilität eines bestimmten Kalenderjahres als auch die Fertilität eines bestimmten Geburtsjahrgangs ablesbar (s. doppelte Beschriftung der X-Achse). Im Jahr 1964 lag die TFR mit 2,5 deutlich über dem Bestandserhaltungsniveau, der Zahl der Kinder, die notwendig ist, um eine Elterngeneration durch ihre Kinder zu ersetzen. Danach ging die TFR allerdings stark zurück. Ihren Tiefstwert erreichte sie in der Nachwendzeit im Jahr 1994 mit einem Wert von 1,2. Zuletzt stieg die TFR zunächst deutlich auf einen Wert von 1,59 Geburten pro Frau im Jahr 2016, ist seitdem jedoch wieder auf 1,54 Geburten pro Frau im Jahr 2019 zurückgefallen. Damit liegt die TFR weiterhin deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1.

Ein Problem der TFR ist, dass sie das Geburtengeschehen bei steigendem Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder unterschätzt. Für die Beachtung des Geburtenanstiegs der letzten Jahre ist dies jedoch zentral, wie Abbildung 11 gezeigt hat. Dementsprechend ist die Kohorten orientierte CTFR in Deutschland aktuell höher als die jahresorientierte TFR. Der positive Trend bei den Geburten zeigt sich hier bislang kaum, der Anstieg ist minimal und deutet sich erst für die Kohorte 1969 auf der zweiten Nachkommastelle an. Die hierbei derzeit besonders interessanten Geburtskohorten (1970-79) befinden sich aktuell noch in der späten fertilen Phase (39-48 Jahre), weshalb in Abbildung 12 noch keine endgültige Kinderzahl für diese Kohorten ausgewiesen ist. Klar ist jedoch bereits jetzt, dass die Frauen des Jahrgangs 1975 bereits im Alter von 36 Jahren im Durchschnitt mehr Kinder haben als die Frauen des Jahrgangs 1969. Insgesamt deuten die aktuellen Zahlen deshalb darauf hin, dass auch der Rückgang der Kohortenfertilität gestoppt worden ist.

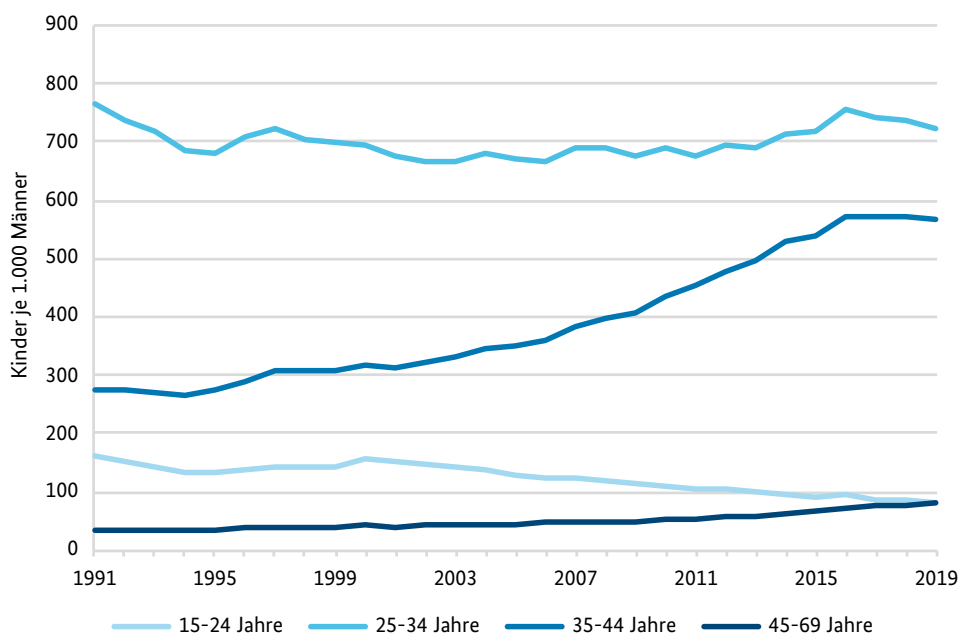
Für die künftige Geburtenentwicklung ist auch im Fall einer dauerhaften Stabilisierung der Geburtenziffer damit zu rechnen, dass sich die Anzahl potenzieller Mütter im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahren deutlich reduzieren wird: Abbildung 13 stellt die Zahl der weiblichen Personen im Alter unter 50 Jahren in Deutschland zu den beiden Zeitpunkten 2019 und 2035 dar. Im Jahr 2019 waren die Mädchenjahrgänge im Alter unter 15 Jahren zahlenmäßig auffällig kleiner als die Frauenjahrgänge im Alter ab 20 Jahren. Wenn diese junge Generation im Jahr 2035 im zentralen gebärfähigen Alter sein wird, werden die Geburten allein aufgrund der abnehmenden Anzahl potenzieller Mütter sinken. Dies deutet der Abstand zwischen der 2019er- und der 2035er-Linie für die Frauen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren in Abbildung 13 an. Dabei geht die Vorausberechnung für das Jahr 2035 bereits von einer moderaten Zuwanderung weiblicher Personen aus. (Pötzsch, 2018)

Abb. 13: Frauen nach Alter in Deutschland im Jahr 2019 bzw. 2035



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 14: Männliche Fertilität nach Altersgruppen 1991-2019



Quelle: Pötzsch et al. (2020), Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Parallel zum Trend der weiblichen Bevölkerung, erst zu einem höheren Lebensalter Mutter zu werden, werden auch Männer in Deutschland verstärkt im höheren Lebensalter Vater. Wie Abbildung 14 verdeutlicht, werden zwar immer noch die Männer im Alter zwischen 25 und 34 am häufigsten Vater. Jedoch werden im Vergleich zu den 1990er

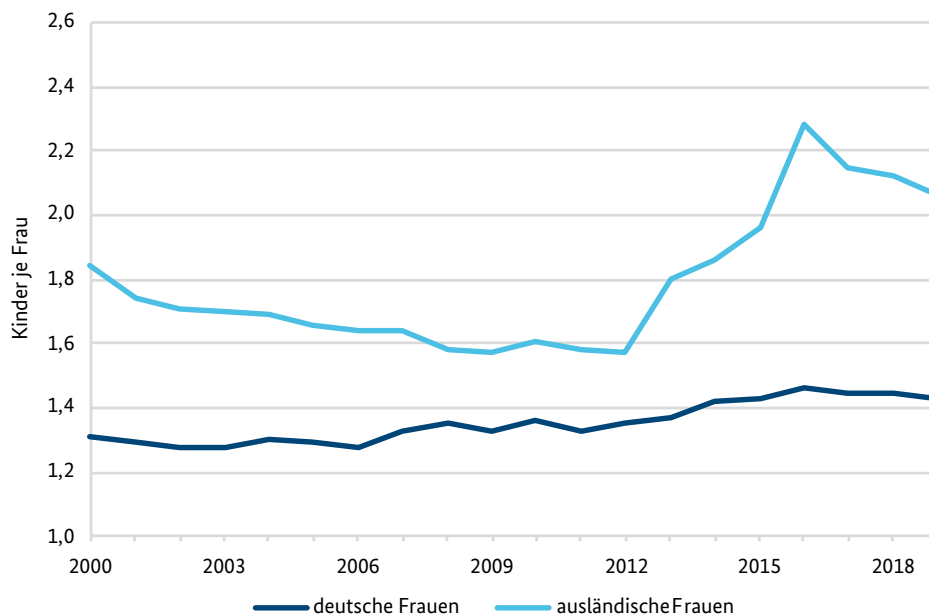
Jahren nun deutlich mehr Männer im Alter von 35 bis 44 Vater, während mit langsam zunehmender Tendenz auch Männer im Alter von 45 bis 69 häufiger Vater werden. Dagegen hat die Kinderzahl unter jüngeren Männern im Alter von 15 bis 24 abgenommen.

3.2 Ursachen des Anstiegs der Geburtenziffer

Welche Ursachen des beobachteten leichten Fertilitätsanstiegs können identifiziert werden? Die positive Geburtenentwicklung der letzten Jahre kann durch verschiedene Faktoren begünstigt worden sein (Pötzsch, 2018). Zu nennen ist hier beispielsweise die gute wirtschaftliche Gesamtlage, die die finanzielle Sicherheit von Familien verbessert hat. Ein wesentlicher Faktor, der Einfluss auf das Fertilitätsniveau in Deutschland nimmt und den Fertilitätsanstieg begünstigt hat, ist außerdem die hohe Zuwanderung. Während bereits seit Mitte der 2000er Jahre die EU-Binnenwanderung nach Deutschland, vornehmlich aus Süd- und Osteuropa von Relevanz für die Fertilitätsrate Deutsch-

lands ist, wird das Fertilitätsgeschehen seit 2014 auch verstärkt durch Geburten in Familien, die als Geflüchtete nach Deutschland zugewandert sind, beeinflusst. Betrachtet man die Entwicklung der TFR nach Staatsangehörigkeit der Mutter, so wird der Einfluss von Migranten bzw. Geflüchteten deutlich. Die TFR stieg zwischen 2011 und 2019 insgesamt um 0,15 Kinder pro Frau. Dabei nahm die Kinderzahl pro Frau mit deutscher Staatsangehörigkeit von 1,33 auf 1,43 um 0,1 zu, die Geburtenziffer der Mütter mit ausländischer Staatsangehörigkeit stieg sogar noch stärker von 1,58 auf 2,06 und somit um 0,48 Kinder pro Frau (Abbildung 15).

Abb. 15: Zusammengefasste Geburtenziffer deutscher und ausländischer Frauen, 2000-2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Die Geburtenziffer (TFR) von Ausländerinnen wird auch von deren Herkunftsland beeinflusst – ein steigender Anteil von Frauen aus Ländern mit hoher Geburtenrate führt insgesamt zu einem Anstieg der Geburtenrate von Ausländerinnen in Deutschland. Die TFR ist eine periodenbezogene Ziffer, die unabhängig vom Einfluss der Altersstruktur der Frauen in einem Kalenderjahr die Geburtenhäufigkeit misst. Der starke Anstieg auch von weiblichen Schutzsuchenden im Jahr 2015 und 2016 aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika, also Regionen, die eine hohe Geburtenhäufigkeit aufweisen, ist daher zum großen Teil für den Anstieg der Geburtenzahlen auch in Deutschland verantwortlich. Der steile Anstieg der TFR der Ausländerinnen in diesem Zeitraum ist deutlich in der Abbildung zu sehen. Frauen aus Syrien, Afghanistan, dem Kosovo und dem Irak hatten im Zeitraum 2015–2016 mit durchschnittlich 3,5 bis 4,6 Kindern je Frau eine auffallend höhere Geburtenziffer als die durchschnittliche Geburtenziffer aller ausländischen Frauen (2,1 Kinder je Frau) (Pötzsch, 2018). Inwiefern sich diese höhere Geburtenziffer in der nachfolgenden Generation von Frauen mit Fluchthintergrund fortsetzen wird, kann derzeit nicht sicher prognostiziert werden.

Auch das Bildungsniveau spielt eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Fertilitätsverhaltens von in Deutschland lebenden Frauen, insbesondere für den Zeitpunkt der Geburten, die Häufigkeit der Kinderlosigkeit und die Zahl der Kinder.

Bemerkenswert ist dabei zunächst, dass das Alter bei der Geburt des ersten Kindes sowohl für Akademikerinnen als auch für Frauen in Deutschland insgesamt weiter ansteigt. Insgesamt lag das durchschnittliche Alter bei der ersten Geburt im Jahr 2018 bei 30 Jahren, bei Akademikerinnen ist es noch höher. Etwa ein Viertel der Frauen in dieser Gruppe

wird sogar erst nach dem 35. Geburtstag Mutter (Bujard und Diabaté, 2016). Dadurch verkleinert sich das verbleibende biologische Zeitfenster, in dem Frauen Kinder bekommen können, stark. Aufgrund des steigenden Alters spricht man von einem Recuperation-Prozess, also einem Nachholen von zunächst aufgeschobenen Geburten. Unter Frauen ohne Hochschulabschluss ist der Anteil der „späten Geburten“ im Vergleich deutlich niedriger. Der späte Berufseinstieg aufgrund längerer Ausbildungszeiten, ökonomischer Unsicherheit und gesteigerter Ansprüche an Elternschaft sind nur einige Gründe für das Aufschieben von Geburten. Dies führt dazu, dass insbesondere die hochgebildeten Frauen ihre Kinder in einem Alter bekommen, in dem sich das Risiko von Unfruchtbarkeit mit jedem Jahr erhöht und sich damit die Chance, noch Mutter zu werden, reduziert (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2018). Reproduktionsmedizinische Kinderwunschbehandlungen können hier nur bis zu einem gewissen Grad helfen, denn die Erfolgsaussichten sind relativ gering, die Behandlungen teuer und für die Betroffenen belastend.

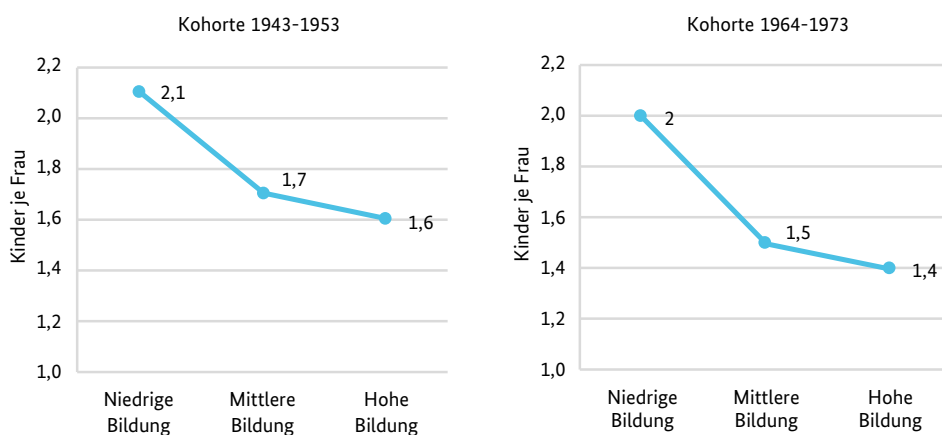
Nach wie vor bleiben Akademikerinnen von allen Frauen am häufigsten dauerhaft kinderlos: Etwa 24 % der Akademikerinnen und 20 % der Frauen mit einem mittleren Bildungsniveau waren 2016 kinderlos, wogegen die Kinderlosigkeit unter Frauen mit niedrigem Bildungsniveau deutlich seltener ist. Bei den jüngeren hochgebildeten Frauenkohorten ist jedoch ein leichter Rückgang der Kinderlosigkeit zu erkennen: Während bei den 1959–63 geborenen Akademikerinnen der Anteil der Kinderlosen noch bei 28 % lag, ist er bei den 1969–73 Geborenen auf 26 % gesunken (Statistisches Bundesamt, 2019). Dies ist umso bedeutsamer, als der Anteil der Akademikerinnen an der Bevölkerung deutlich angestiegen ist – vergleichsweise wenige Frauen verfügen heute nur über einen niedrigen Bildungsabschluss.

In der Unterscheidung der Frauen nach ihrem Bildungsgrad zeigt sich außerdem, dass fast ein Drittel aller 45- bis 49-jährigen Frauen mit niedriger Bildung in Deutschland 2016 drei oder mehr Kinder hatte, während nur 14 % bzw. 13 % der Frauen mit mittlerer oder hoher Bildung entsprechend viele Kinder hatten (Statistisches Bundesamt, 2019; eigene Berechnungen).

Eine Analyse der bildungsspezifischen Fertilitätsmuster im Zeitvergleich kann Aufschluss über einen möglichen Wandel des Zusammenhangs zwischen Fertilität und Bildung geben. Abbildung 16 stellt einen Vergleich der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau nach Bildungsstand zwischen den Geburtsjahrgängen 1943-1953 und 1964-1973

dar. Insofern sind in diesem Vergleich Geburtsjahrgänge erfasst, bei denen die Fertilität noch deutlich zurückging (vgl. Abb. 12). Deshalb weisen Frauen der jüngeren Geburtsjahrgänge 1964-1973 über alle Bildungsgruppen hinweg weniger Kinder pro Frau auf als die Frauen der älteren Geburtsjahrgänge 1943-1953. Es zeigt sich jedoch, dass der Zusammenhang zwischen Fertilität und Bildung über die Geburtskohorten hinweg erstaunlich stabil geblieben ist: Niedriggebildete Frauen beider analysierter Kohorten weisen mit Abstand die höchste Kinderzahl (1964-1973: 2 bzw. 1943-1953: 2,1) auf. Frauen mit mittlerem Bildungsniveau haben im Durchschnitt dagegen nur 1,5 und 1,7 Kinder pro Frau. Sehr nah daran liegt die Kinderzahl der hochgebildeten Frauen mit 1,4 bzw. 1,6 Kindern pro Frau.

Abb. 16: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau nach Bildungsstand (ISCED 2011) der Frau, 2018



Datenquelle: Mikrozensus 2018, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Analysiert man zudem die durchschnittliche endgültige Kinderzahl nach dem Bildungsstand¹ in verschiedenen europäischen Ländern, so zeigen sich auffällige länderspezifische Muster (Abbildung 17). In Deutschland sinkt die Kinderzahl, wie bereits gezeigt, mit der Höhe des Bildungsniveaus, wobei niedriggebildete Frauen deutlich mehr Kinder als Frauen mittleren oder höheren Bildungsniveaus bekommen. Dasselbe Muster lässt sich auch in Ungarn und

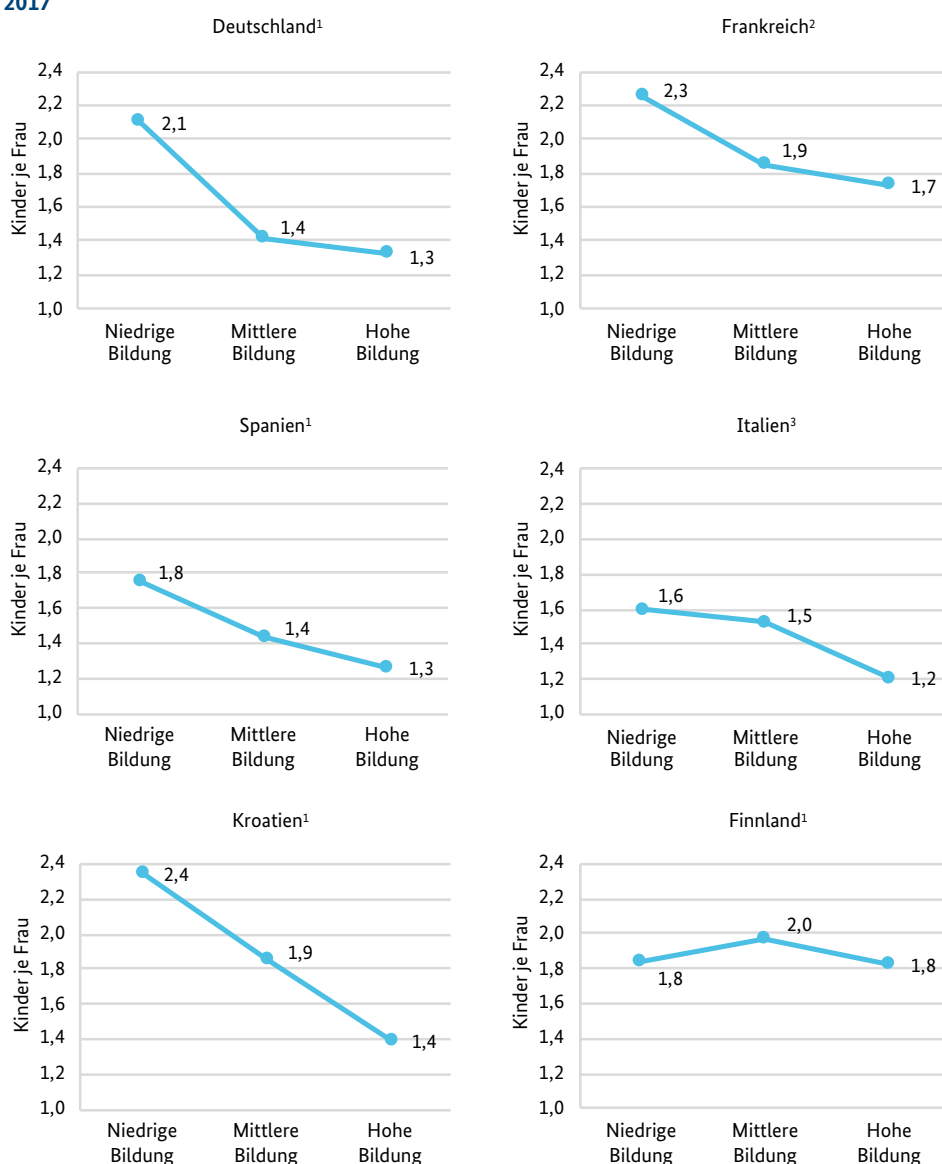
in der Slowakei beobachten, allerdings auf einem höheren Niveau der Kinderzahl (nicht dargestellt). Auch in Frankreich und Spanien zeigt sich ein ähnliches Muster, wobei hier der Unterschied zwischen den niedriggebildeten und den Frauen mittleren Bildungsniveaus deutlich geringer ist. Italienische Akademikerinnen weisen innerhalb der hier dargestellten Länder mit Abstand die niedrigste Kinderzahl (1,2 Kinder pro Frau) auf. Die Kinderzahl der Frauen mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau liegt hingegen sehr nah beieinander (1,5 vs. 1,6). Kroatien fällt mit einem ausgeprägten linearen Zusammenhang zwischen Bildung und Kinderzahl auf: Je Bildungsgruppe sinkt die durchschnitt-

1. Das Bildungsniveau wird nach der International Standard Classification of Education 1997 (ISCED) bemessen.

liche Kinderzahl um 0,5 Kinder pro Frau. Ein ähnliches Muster lässt sich in Serbien beobachten (nicht dargestellt). Finnland ist das einzige hier dargestellte Land, in dem hochgebildete Frauen nicht die niedrigste Kinderzahl haben. Hier zeichnet sich ein glockenförmiges Muster ab,

bei dem Frauen niedriger und hoher Bildungsniveaus im Durchschnitt etwas weniger Kinder haben, während Frauen mit mittlerem Bildungsniveau im Durchschnitt die höchste Kinderzahl haben. Zudem ist der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen vergleichsweise gering.

Abb. 17: Completed Cohort Fertility Rate nach Bildung für ausgewählte europäische Länder, 2017



Vermerke: Geburtskohorten 1: 1971; 2: 1966-1970; 3: 1966-1968

Quelle: Cohort Fertility and Education Database, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



4.

Internationale Migration



Quelle: Maskot/Getty Images

Zentrale Aussagen:

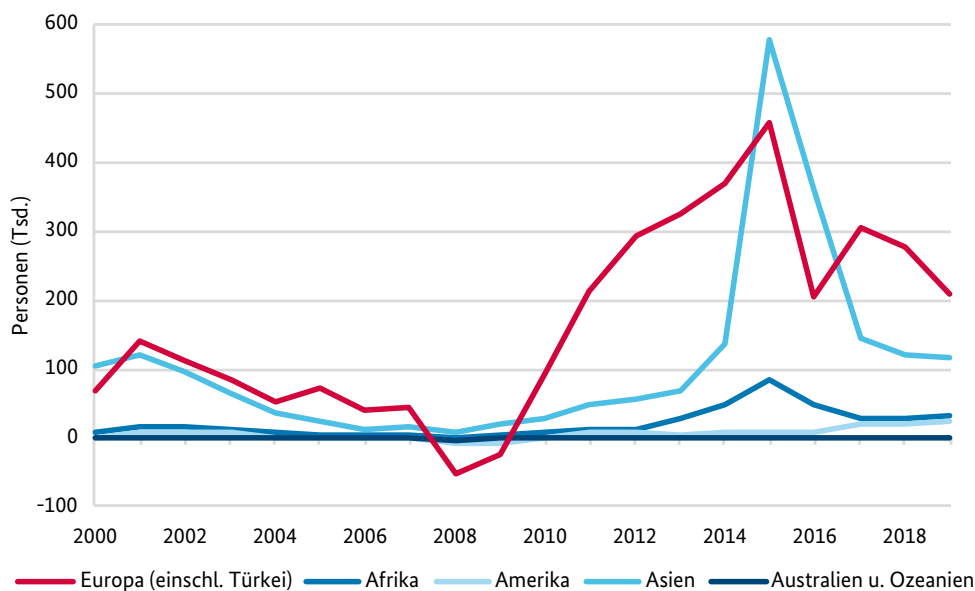
- Die Zuwanderung nach Deutschland ist im vergangenen Jahrzehnt stark angestiegen.
- Zuwanderung ist mit Blick auf die Herkunftsländer und auf die Aufenthaltsformen deutlich vielfältiger geworden.
- Temporäre und zirkuläre Migration haben sowohl für Migrantinnen und Migranten in Deutschland als auch für deutsche Auswanderinnen und Auswanderer an Bedeutung gewonnen.

4.1 Zuwanderung nach Deutschland

Die Zuwanderung nach Deutschland hat einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Bevölkerungsgröße sowie der Alters- und Sozialstruktur. Insgesamt ist die Zuwanderung nach Deutschland im letzten Jahrzehnt nicht nur umfangreicher, sondern auch diverser nach ihren Herkunftsregionen und damit globaler in ihrem Charakter geworden. Auf die relativ niedrige Zuwanderung in den frühen 2000er Jahren folgte seit 2009 ein erneuter Anstieg des jährlichen Wanderungsgewinns. Dieser entstand, wie in Abbildung 18 dargestellt, zunächst vorwiegend durch Zuwanderung aus anderen europäischen Staaten. Im Jahr

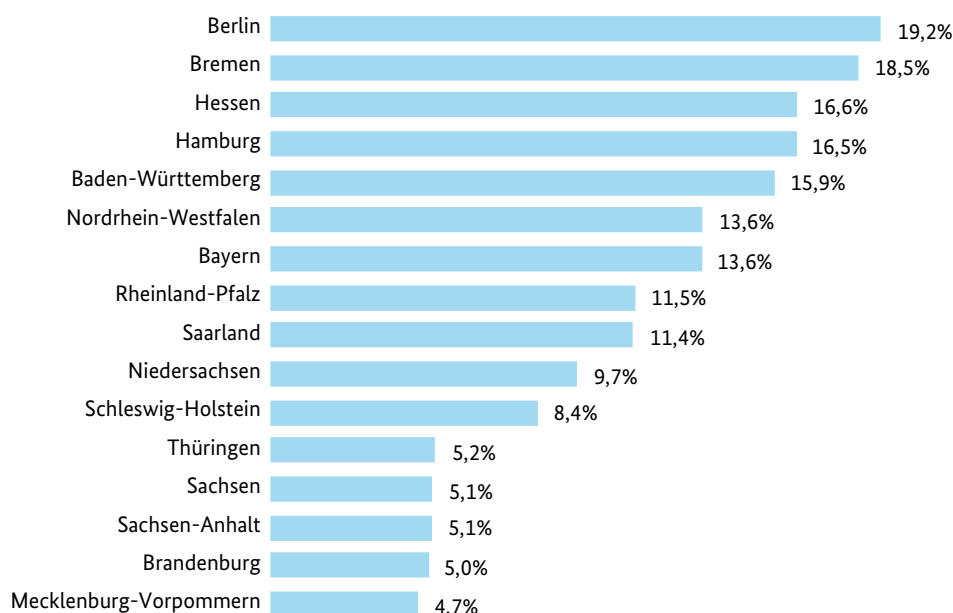
2015 wurde dann der bisher höchste Wanderungsgewinn mit 1,14 Millionen Menschen verzeichnet, welcher u. a. durch die hohe Zuwanderung aus Syrien, Afghanistan und dem Irak hervorgerufen wurde, was der sprunghafte Anstieg des Wanderungssaldos Deutschlands mit dem asiatischen Kontinent in Abbildung 18 widerspiegelt. Die Zuwanderungsgewinne Deutschlands mit Blick auf den afrikanischen Kontinent bewegen sich nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, sind aber prozentual insbesondere im Jahr 2015 ebenfalls stark gewachsen.

Abb. 18: Wanderungssaldo Deutschlands nach Kontinenten, 2000-2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 19: Ausländeranteil in Prozent nach Bundesländern, 2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede in der Außenwanderung. Dabei erfahren Städte und der Süden Deutschlands deutlich mehr Zuwanderung als ländliche Regionen im Osten. Dementsprechend unterscheiden sich die Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung weiterhin stark zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern, wie in Abbildung 19 dargestellt ist. Lag der Ausländeranteil in allen ostdeutschen Flächenländern im Jahr 2019 bei etwa 5 %, so bewegte er sich in den meisten westdeutschen Ländern zwischen 10 und 20 %.

Die genannten Zahlen zur Zuwanderung nach Deutschland werfen die Frage auf, was ein Wanderungsgewinn von 1,14 Millionen Menschen im Jahr 2015 für Deutschland bedeutet. Ist die Zuwanderung der letzten Jahre ein Alleinstellungsmerkmal Deutschlands, oder reflektiert sie einen globalen Trend? Diese wichtigen Fragen lassen sich beantworten, wenn die Zuwanderung nach Deutschland im globalen Kontext betrachtet wird. Der Vergleich von Wanderungsströmen auf globaler Ebene war aufgrund der eingeschränkten Datenlage lange Zeit kaum möglich. Während die Erfassung von Bestandsdaten zu im Ausland geborenen

Personen (engl. stock) weltweit relativ verbreitet ist und nach ähnlichen Kriterien durchgeführt wird, ist die Erfassung von dynamischen Migrationsströmen (engl. flow) bedauerlicherweise nicht vereinheitlicht und darüber hinaus auf weniger als 50 überwiegend europäische Länder beschränkt. Daher konnte die einfache Frage, wie viele Menschen in den letzten Jahren in ein anderes Land migriert sind, bisher nicht beantwortet werden. Auf der Basis von Bestandsdaten der Vereinten Nationen konnte lediglich festgestellt werden, dass im Jahr 2013 etwa 220 Millionen Menschen nicht in ihrem Geburtsland gelebt haben.

Durch die Entwicklung von komplexen Schätzmodellen ist es inzwischen möglich, die globalen Wanderungsbewegungen zu quantifizieren und Ländervergleiche anzustellen (Abel und Sander, 2014; Azose und Raftery, 2019). Die neuen Schätzungen liefern das überraschende Ergebnis, dass die weltweiten Migrationsströme entgegen der gängigen Annahme seit 1995 weitgehend stabil geblieben sind. So liegt der Prozentsatz der Weltbevölkerung, die jeweils innerhalb von fünf Jahren in ein anderes Land wandert, seit

1995 bei etwa einem Prozent. Dabei ereignen sich die globalen Wanderungen vor allem innerhalb der Weltregionen bzw. zwischen benachbarten Regionen. Die Wanderungsbewegungen zwischen Kontinenten konzentrieren sich auf zwei Korridore: von Asien nach Nordamerika und von Amerika nach Europa, wobei die Migration von Lateinamerika nach Südeuropa seit der dortigen Wirtschaftskrise während der frühen 2010er Jahre deutlich abgenommen hat. Deutlich weniger bedeutend ist im globalen Kontext die Migration von Afrika nach Europa. Das Wanderungsvolumen zwischen den Ländern südlich der Sahara ist zudem deutlich höher als die Wanderungen von Afrika nach Europa.

Mit Blick auf die wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Staatsangehöriger in Deutschland zeigt sich eine Mischung aus Kontinuität und Wandel (Tabelle 1). Im Jahr 2000 gehörten sowohl die „traditionellen“ Herkunftsländer der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter als auch Asylsuchende aus der damals noch bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien und ihren ehemaligen Mitgliedstaaten zu den am stärksten vertretenen Herkunftsländern von Ausländerinnen

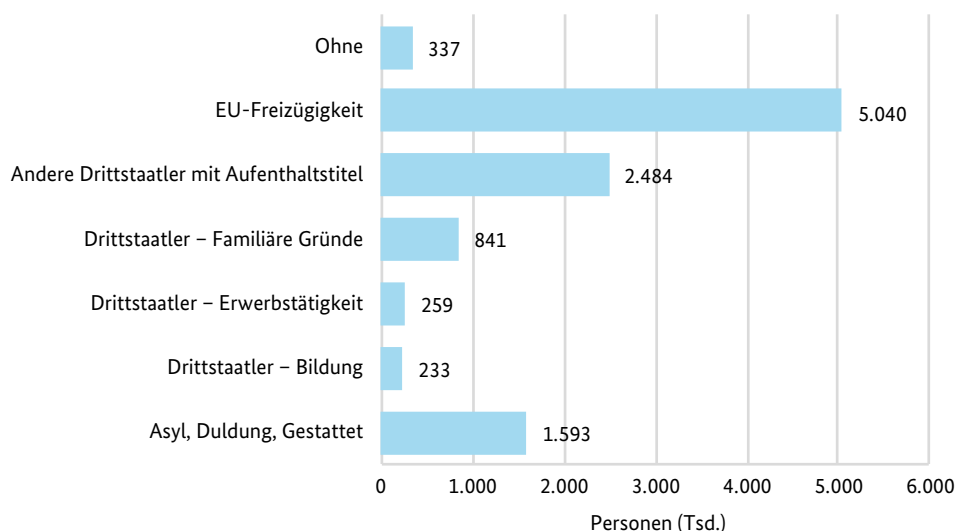
und Ausländern in Deutschland. Im Jahr 2009 zeigte sich eine gewachsene Bedeutung osteuropäischer Nicht-EU-Mitgliedstaaten wie Russland und der Ukraine. Im Jahr 2019 waren schließlich die beiden südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien zu wichtigen europäischen Herkunftsländern von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland aufgestiegen. Doch auch die Zahl der in Deutschland lebenden polnischen Staatsbürger hat sich im Vergleich zu 2009 mehr als verdoppelt. Interessanterweise waren mit insgesamt mehr als einer Million in Deutschland lebenden Staatsbürgern auch die beiden „Gastarbeiter“-Herkunftsländer Italien und Griechenland wieder stärker in Deutschland vertreten, wahrscheinlich infolge der hohen Arbeitslosenquoten in südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten in den 2010er Jahren. Mit ebenfalls insgesamt mehr als einer Million Staatsbürgern zählten Syrien und Afghanistan, bedingt durch die hohe Zahl an Asylsuchenden aus diesen Ländern, im Jahr 2019 erstmalig zu den wichtigsten Herkunftsländern von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland.

Tabelle 1: Die zehn häufigsten Herkunftsländer von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland

2000			2009			2019		
Rang	Staat	Personen	Rang	Staat	Personen	Rang	Staat	Personen
1	Türkei	1.998.534	1	Türkei	1.658.083	1	Türkei	1.472.390
2	Jugoslawien, Bundesrep.	662.495	2	Italien	517.474	2	Polen	862.535
3	Italien	619.060	3	Polen	398.513	3	Syrien	789.465
4	Griechenland	365.438	4	Griechenland	278.063	4	Rumänien	748.225
5	Polen	301.366	5	Kroatien	221.222	5	Italien	646.460
6	Kroatien	216.827	6	Russische Föderation	189.326	6	Kroatien	414.890
7	Österreich	187.742	7	Österreich	174.548	7	Griechenland	363.650
8	Bosnien und Herzegowina	156.294	8	Bosnien und Herzegowina	154.565	8	Bulgarien	360.170
9	Portugal	133.726	9	Niederlande	134.850	9	Afghanistan	263.420
10	Spanien	129.471	10	Ukraine	125.617	10	Russische Föderation	260.395

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 20: Ausländerinnen u. Ausländer in Deutschland nach Aufenthaltstitel/-status, 2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abbildung 20 setzt die EU-Binnenmigration für Deutschland in Relation zur Zuwanderung von Personen aus sogenannten Drittstaaten: Ende 2019 lebten rund fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten in Deutschland. Etwa genauso viele Menschen aus Drittstaaten lebten insgesamt mit oder ohne Aufenthaltstitel im Land. Während sich mehr als 800.000 Menschen aus Drittstaaten aus familiären Gründen in Deutschland aufhielten,

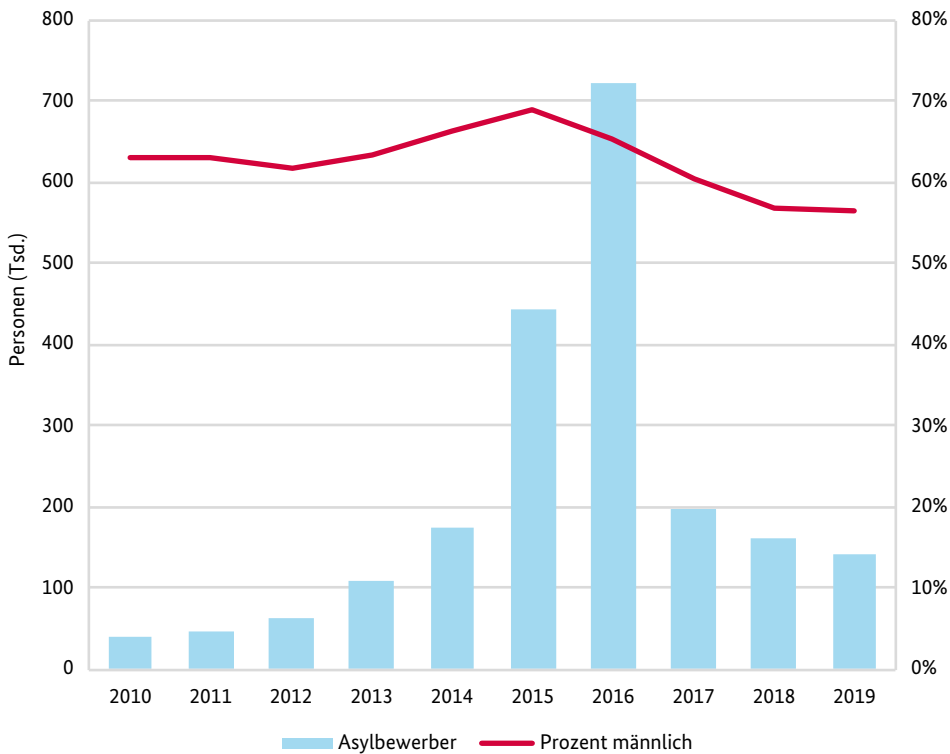
lebten weniger als eine halbe Million zum Zweck der (Aus-) Bildung oder der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Etwa anderthalb Millionen Ausländerinnen und Ausländer hatten Asyl erhalten, wurden geduldet oder verfügten über eine Aufenthaltsgestattung. Statistisch befanden sich Ende 2019 mehr als 300.000 Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, die über keinen Aufenthaltsstatus verfügten und damit ausreisepflichtig waren.

Betrachtet man die Asylummigration isoliert vom übrigen Zuwanderungsgeschehen, so fällt auf, dass die Zahl der gestellten Asylerstanträge schon ab dem Jahr 2009 kontinuierlich angestiegen ist (Abbildung 21). Bereits im Jahr 2013 beantragten mehr als 100.000 Menschen erstmals Asyl, im Jahr 2015 vergrößerte sich die Zahl schließlich um mehr als das Vierfache, erreichte knapp 442.000 und stieg im Jahr 2016 weiter auf über 722.000 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, versch. Jahrgänge). Die Entwicklung der Asylanträge weist somit eine zeitliche Verzögerung im Vergleich zur Entwicklung der offiziellen Zuwanderungszahlen auf. Grund dafür ist, dass ein Großteil der im Zuge des Rekordjahrs der Asylozuwanderung 2015 gestellten oder zu stellenden Asylanträge erst im Folgejahr 2016 erfasst und bearbeitet werden konnten.

Seitdem ist die Zahl der neu nach Deutschland gekommenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber jedoch wieder stark zurückgegangen (Brücker et al. 2016), 2017 wurden wieder weniger als 200.000 Asylanträge gestellt, im Folgejahr ging die Zahl noch weiter zurück (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, versch. Jahrgänge).

Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 waren Syrien, Afghanistan und der Irak, welche zusammen insgesamt 50 % bzw. 68 % aller Asylerstanträge ausmachten. Etwa zwei Drittel aller Asylerstanträge wurden von Männern gestellt (2015: 69,1 %; 2016: 65,7 %). Des Weiteren waren 71,1 % (2015) bzw. 73,8 % (2016) der Asylbewerber jünger als 30 Jahre. Rund ein Drittel war minderjährig (2015: 31,1 %; 2016: 36,2 %) (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, versch. Jahrgänge).

Abb. 21: Zahl der Asylerstanträge in Deutschland nach Jahr und Geschlecht, 2010-2019



Datenquelle: Eurostat (2020a), Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

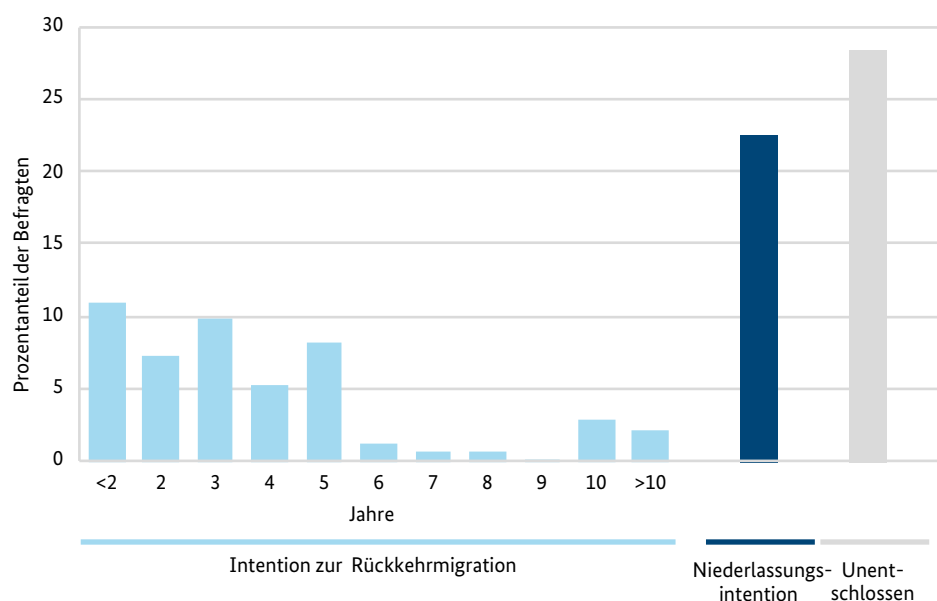
4.2 Von dauerhaft zu temporär: Migration im Wandel

Mit der wirtschaftlichen Globalisierung verändern sich auch die Formen der Migration von dauerhaft zu temporär. Früher dominierte die dauerhafte Migration, die mit einer dauerhaften Verlagerung des Lebensmittelpunktes in ein anderes Land einhergeht. In den letzten Jahrzehnten hat sich eine Vielfalt an Wanderungsformen entwickelt. In Europa hat sich der temporäre Charakter von Migration im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der EU-Osterweiterung verstärkt. Dies bedeutet, dass Menschen im Laufe ihres Lebens mehrfach migrieren und Lebenserfahrungen in verschiedenen Ländern sammeln.

Im Bereich der Arbeitsmigration hat sich daneben ein neues Wanderungsmuster der zirkulären Migration herausgebildet, welches die wiederholte, oft saisonale Migration zwischen Herkunfts- und Zielland beschreibt. Dies umfasst vor allem Saisonarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer, aber auch Gruppen wie Studentinnen und Studenten sowie Haushaltshilfen. Allerdings gibt es kaum Daten, mit denen sich die Vielfalt an neuen Wanderungsformen empirisch beleuchten lässt. Eine Studie des BAMF, basierend auf Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) aus dem Jahr 2010, kommt zu dem Ergebnis, dass die in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten zu einem nicht unerheblichen Teil als zirkuläre Migranten betrachtet werden können. Demnach sind etwa 11 % der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Drittstaaten bereits mindestens einmal aus Deutschland fort- und danach erneut zugezogen. Mit etwa 22 % weisen Arbeitsmigrantinnen und -migranten den höchsten Grad an Zirkularität auf.

Die Bedeutung temporärer und zirkulärer internationaler Migration hat im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte insgesamt zugenommen. Dies gilt umso mehr für die internationale Mobilität der Bevölkerungen aus Industriestaaten. Im vergangenen Jahrzehnt sind durchschnittlich jedes Jahr 180.000 Deutsche ins Ausland fortgezogen. Von diesen plant nur etwa jeder Fünfte eine dauerhafte Auswanderung aus Deutschland, während 49 % davon ausgehen, innerhalb der nächsten Jahre wieder nach Deutschland zurückzukehren. Weitergehende Analysen zeigen (Abbildung 22), dass der Status der international mobilen Deutschen im Lebensverlauf eine wesentliche Rolle zur Erklärung der Bleibeabsichten darstellt. Prinzipiell steigt die Neigung eines dauerhaften Aufenthalts im Ausland mit dem Alter an, während international mobile jüngere Menschen tendenziell eher temporäre Aufenthalte im Ausland planen. Weitaus wichtiger als das Alter sind jedoch Bildungsstand und Erwerbsstatus der Migranten. Insbesondere Personen mit akademischem Abschluss planen überwiegend nur zeitlich befristete Aufenthalte. Für diese Personengruppe scheint der Auslandsaufenthalt dem Erwerb zusätzlicher Qualifikation zu dienen, welche nach Rückkehr nach Deutschland für die weitere berufliche Karriere genutzt werden kann. Enge Wechselwirkungen bestehen auch zwischen den Bleibeabsichten und dem Partnerschafts- und Familienkontext. Eine nicht mit ins Ausland ziehende und in Deutschland lebende Familie ist eng mit temporären Auslandsaufenthalten korreliert. Dagegen erhöhen sowohl das Vorhandensein eines Partners, der aus dem Zielland der international mobilen Deutschen stammt, aber auch die Existenz enger

Abb. 22: Geplante Dauer der Auslandsaufenthalte von international mobilen Deutschen, 2019



Quelle: Ette et al. (2021), Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Freundinnen und Freunde im Zielland, die Wahrscheinlichkeit dauerhafter Auslandsaufenthalte deutlich. Auch zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Zielländern: Dauerhafte Bleibeabsichten finden sich insbesondere in den Nachbarländern sowie weiteren wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten, wohingegen in Ländern mit geringerem

wirtschaftlichen Entwicklungsstand eher temporäre Aufenthalte geplant sind. Die Bedeutung zeitlich befristeter Auslandsaufenthalte zeigt sich auch bei den aus dem Ausland nach Deutschland zurückgekehrten Personen. Hier geben 60 % an, zuletzt für maximal fünf Jahre im Ausland gelebt zu haben.



5.

Binnenwanderung



Quelle: Westend61/Getty Images

Zentrale Aussagen:

- Das Wanderungsgeschehen innerhalb Deutschlands wird maßgeblich durch Personen jüngerer Alters bestimmt.
- Der Wanderungssaldo zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern ist seit mehreren Jahren nahezu ausgeglichen.
- Gegenwärtig gibt es Anzeichen für eine neue Phase der Suburbanisierung.
- Die Pendlermobilität hat in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen.

5.1 Wanderungsgeschehen allgemein und zwischen den Bundesländern

In Deutschland und anderen hoch entwickelten Ländern haben Wanderungsbewegungen einen entscheidenden Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur von Regionen. Abbildung 23 verdeutlicht, wie unterschiedlich stark die Kreise in Deutschland im Jahr 2019 Zu- und Fortzüge relativ zu ihrer Einwohnerzahl zu verzeichnen hatten und wie unterschiedlich diese Differenzen über das Bundesgebiet verteilt sind. Die regionalen Unterschiede in den Lebensbedingungen (z. B. Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungsmöglichkeiten) bilden dabei den Ausgangspunkt für viele Wanderungsentscheidungen.

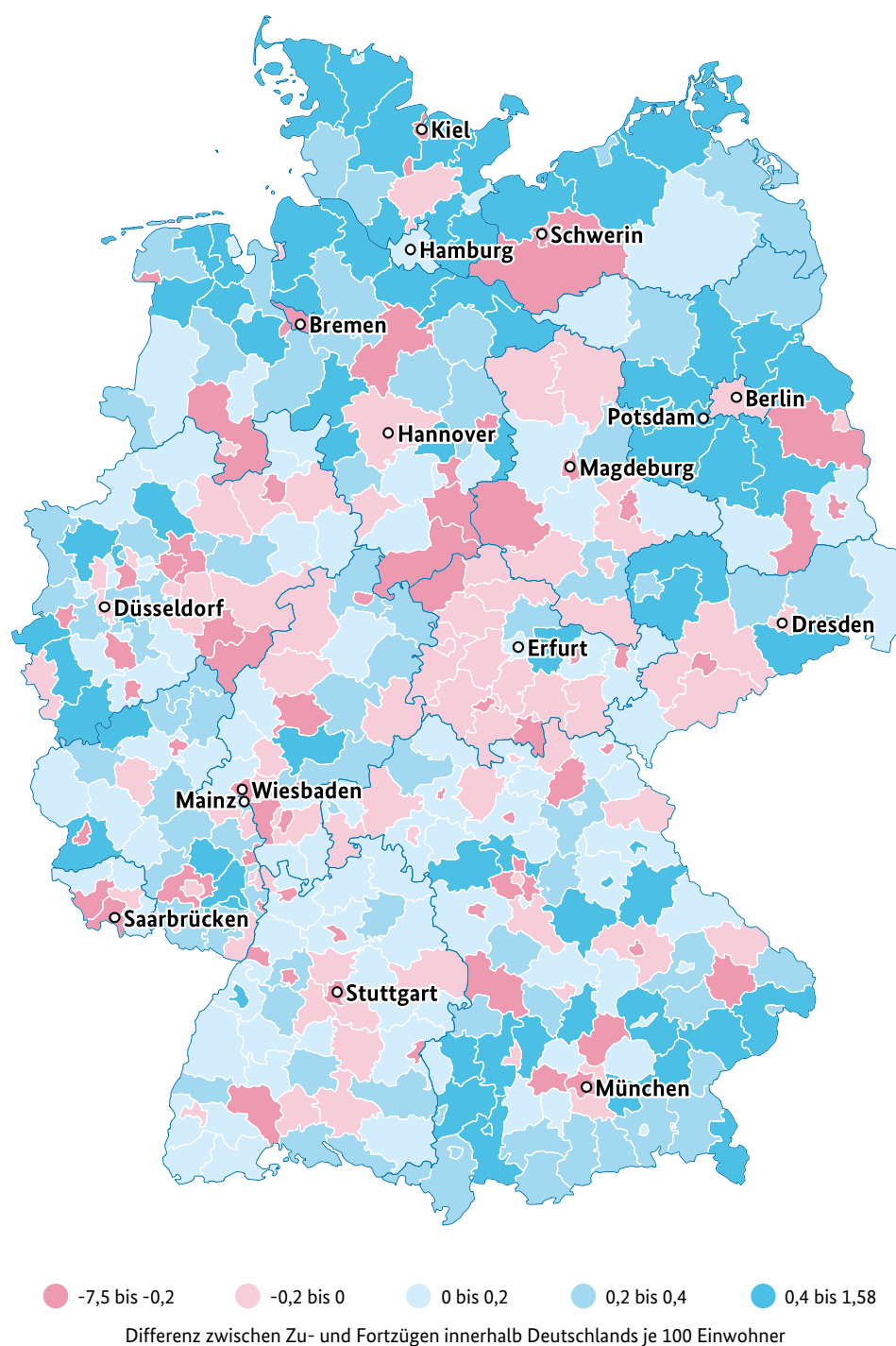
Die zentrale Datengrundlage für die Analyse der Binnenwanderung bildet die Wanderungsstatistik, in der alle Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen innerhalb eines Jahres erfasst werden. Anhand der Raumklassifikation des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) kann jeder der 401 deutschen Kreise einer von vier Kategorien zugeordnet werden: kreisfreie Großstadt, städtischer Kreis, ländlicher Kreis sowie dünnbesiedelter ländlicher Kreis. Die Definitionen dieser Kreiskategorien finden sich in Tabelle 2, ebenso die Anzahl der Kreise, die unter die jeweilige Kategorie fallen (Milbert, 2015).

Tabelle 2: Definition der Raumabgrenzungen des BBSR und deren Anzahl

Kategorie	Kreisfreie Großstädte	Städtische Kreise	Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	Dünnbesiedelte ländliche Kreise
Definition	kreisfreie Städte mit über 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen	mehr als 50 % Einwohner und Einwohnerinnen in Groß- und Mittelstädten und Einwohnerdichte von mindestens 150 EW/km²	mehr oder weniger als 50 % Einwohner und Einwohnerinnen in Groß- und Mittelstädten und einer Einwohnerdichte zwischen mindestens 100 EW/km² und unter 150 EW/km²	weniger als 50 % Einwohner und Einwohnerinnen in Groß- und Mittelstädten und einer Einwohnerdichte von weniger als 100 EW/km²
Anzahl	66	137	102	96

Quelle: Milbert (2015), Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Abb. 23: Nettobinnenwanderung auf Kreisebene in Deutschland, 2019



Die Binnenwanderung ist eine demografische Größe, die die Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur auf Kreis- und Bundeslandebene erheblich beeinflusst. 2019 wechselten gut 2,8 Millionen Menschen über Kreisgrenzen hinweg ihren Wohnsitz. Damit waren ca. 3 % der in Deutschland lebenden Bevölkerung mobil. Dieser Anteil mobiler Personen schwankte im Zeitraum 1991 bis 2019 nur geringfügig und war lediglich in den Jahren 2015 und 2016 mit ca. 4 % etwas höher. Dies war allerdings der höheren Mobilität von Ausländern und Ausländerinnen geschuldet, deren Anteil sich durch die erhöhte internationale Zuwanderung in diesen Jahren erhöht hatte. Insgesamt ist Deutschland im Vergleich zu den mobileren nordeuropäischen Ländern wie Finnland oder Dänemark und weniger mobilen südeuropäischen Ländern wie Spanien oder Italien ein moderat mobiles Land.¹ Der Anteil der Bevölkerung, die über Kreisgrenzen hinweg pro Jahr umzieht, variiert allerdings über das Alter. Insbesondere junge Erwachsene sind aufgrund vermehrter Lebenslaufübergänge (z. B. Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums, Arbeitsmarkteinstieg) mobil. Zogen im Jahr 2019 rund 10 % der 18- bis 24-Jährigen und 10 % der 25- bis 29-Jährigen über Kreisgrenzen hinweg um, so betrug der Anteil bei den 30- bis 49-Jährigen 4 % und bei den über 50-Jährigen nur noch 1 %. Das Wanderungsgeschehen in Deutschland wird demnach maßgeblich durch jüngere Personen bestimmt. In der Binnenwanderung mitinbegriffen sind zudem zirkuläre Wanderungsbewegungen der Menschen zurück zu ihren ursprünglichen Herkunftsorten, bspw. nach abgeschlossener Ausbildung oder Berufstätigkeit. Der Anteil dieser zirkulären Wanderungen am gesamten Binnenwanderungsgeschehen lässt sich jedoch aufgrund unvollständiger Wanderungsbiografien nicht bestimmen. Die durchschnittliche innerhalb Deutschlands gewanderte Distanz betrug rund 65 km. Dieser Wert lag zu Beginn der 1990er Jahre und um die Jahrtausendwende mit mehr als 72 km noch höher, was unter anderem dem höheren Wanderungsvolumen zwischen Ost- und Westdeutschland geschuldet war.

Rund 39 % der 2,8 Millionen Umzüge im Jahr 2019 führten zu einem Wechsel des Bundeslandes. Die Wanderungen tragen hierbei zu einer unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung der Bundesländer bei. Im Jahr 2019 verzeichneten die Bundesländer Brandenburg (+16300), Schleswig-Hol-

stein (+7200), Sachsen (+4300), Mecklenburg-Vorpommern (+3800), Bayern (+3300), Rheinland-Pfalz (+2500) und Hamburg (+140) positive Wanderungssalden gegenüber dem übrigen Bundesgebiet und gewannen damit durch Binnenwanderung an Bevölkerung. Negative Binnenwanderungssalden zeigten sich hingegen für Baden-Württemberg (-8900), Berlin (-6900), Nordrhein-Westfalen (-5700), Thüringen (-3800), Hessen (-3300), Niedersachsen (-3200), Sachsen-Anhalt (-2800), Bremen (-1900) und das Saarland (-1200).

Wie in Abbildung 23 dargestellt, variieren die Wanderungssalden in Relation zur Bevölkerung auf der Kreisebene deutlich. Insgesamt weist mehr als die Hälfte aller Kreise positive Wanderungssalden auf. Wird zwischen verschiedenen Raumtypen differenziert, zeigt sich zudem, dass im Jahr 2019 33 % der kreisfreien Städte, 69 % der städtischen Kreise, 67 % der ländlichen Kreise und 75 % der dünnbesiedelten ländlichen Kreise positive Wanderungssalden verzeichneten. Allerdings finden sich für einen wesentlich geringeren Anteil der dünnbesiedelten Kreise in den neuen Ländern positive Wanderungssalden (61 %) als im früheren Bundesgebiet (82 %). Für die kreisfreien Städte zeigt sich hingegen, dass ein höherer Anteil in den neuen Ländern (44 %) als im früheren Bundesgebiet (32 %) positive Binnenwanderungssalden verzeichnet.

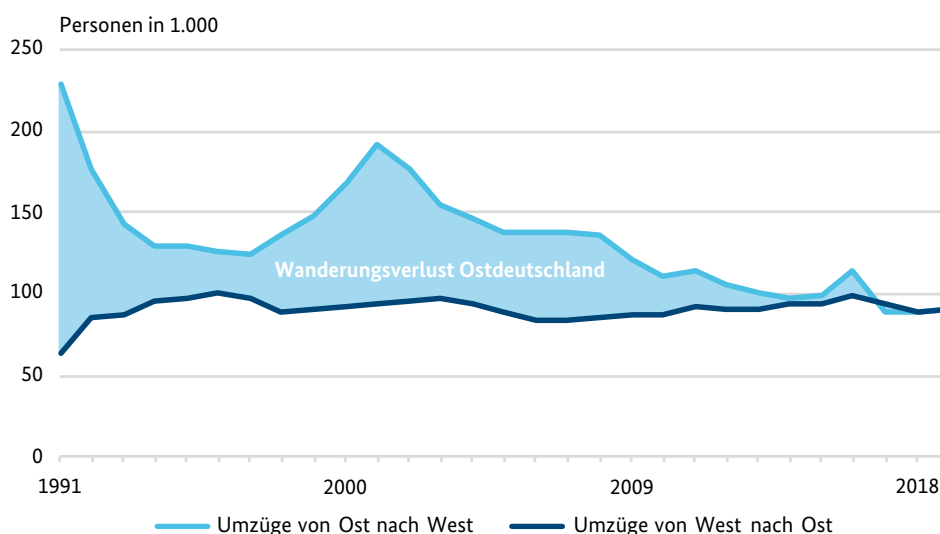
Zudem sind die Wanderungen zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet von besonderer Relevanz für die regionale Bevölkerungsentwicklung. Wird Berlin aufgrund seiner besonderen Rolle als ehemals geteilte Stadt nicht berücksichtigt, zogen von 1991 bis 2017 ca. 3,7 Millionen Menschen aus den neuen Bundesländern in das frühere Bundesgebiet. Im gleichen Zeitraum verlagerten jedoch lediglich 2,5 Millionen Personen ihren Wohnsitz aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Länder, was zu einem Bevölkerungsverlust von 1,2 Millionen Menschen für die neuen Bundesländer über den gesamten Zeitraum führte.

Wie Abbildung 24 verdeutlicht, ist die Abwanderung aus den neuen Ländern seit 1991, und nach einem Hoch in 2001, deutlich zurückgegangen, während die Zuwanderung aus dem früheren Bundesgebiet weitgehend konstant geblieben ist. Insgesamt kann der Wanderungssaldo zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet derzeit als ausgeglichen bezeichnet werden. In den Jahren 2017-2019 verzeichneten die neuen Länder sogar leicht

1 Vergleiche des Anteils der mobilen Bevölkerung zwischen verschiedenen Ländern basieren auf Modellierungen von Bell et al. (2015).

positive Wanderungssalden. Von dieser aktuellen Entwicklung profitieren insbesondere die Länder Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, während Sachsen-Anhalt und Thüringen weiterhin einen negativen Wanderungssaldo für die Wanderung zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet aufweisen.

Abb. 24: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern (ohne Berlin), 1991-2019



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Ämter der Länder, Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Zum Teil sind diese Tendenzen in der Statistik von der Rückwanderung der einst aus den neuen Bundesländern abgewanderten Bevölkerung getragen. Diese zirkulären Wanderungsbewegungen lassen sich jedoch derzeit nur für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte auf Basis der Beschäftigtenhistorik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nachvollziehen, von der wiederum nur ältere Auswertungen vorliegen. Diese besagen, dass die Rückkehrate von ostdeutschen Beschäftigten in den Jahren zwischen 2000 und 2010 deutlich angestiegen ist (Nadler und Wesling, 2013).

Trotz dieser positiven Entwicklung für die Wanderungen über alle Altersgruppen verzeichnen die neuen Länder immer noch eine Abwanderung bei den 18- bis 29-Jährigen (Bildungswanderer und Arbeitsmarkteinsteiger). Im Jahr

2019 führte diese zu einem Wanderungssaldo von gut -5400 Personen in dieser Altersgruppe für die neuen Länder (ohne Berlin). Für die Familienwanderer (unter 18-Jährige und 30- bis 49-Jährige) sowie bei den über 50-Jährigen zeigen sich im Jahr 2019 hingegen positive Wanderungssalden für die neuen Länder von +2500 und +4000 Personen. Vergleicht man das Wanderungsverhalten von Männern und Frauen, so fällt auf, dass die Wanderung aus den neuen Ländern in das frühere Bundesgebiet zunächst durch eine höhere Abwanderung von Frauen geprägt war. Seit 2005 ziehen jedoch häufiger Männer in das frühere Bundesgebiet, was in 2019 zu einem Wanderungsüberschuss von Männern gegenüber Frauen führt. Die Wanderung aus dem früheren Bundesgebiet in die neuen Länder ist hingegen von einem leichten Männerüberschuss geprägt, der auch im Jahr 2019 bestand.

5.2 Entwicklung der Stadt-Land-Wanderung und der Pendlermobilität

Von besonderer Bedeutung sind Wanderungen zwischen ländlichen, städtischen und suburbanen Räumen. Abbildung 25 zeigt die Nettowanderungsraten deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für verschiedene Raumtypen über den Zeitraum 1991 bis 2018.¹ Nettowanderungsraten geben Aufschluss darüber, wie viel Bevölkerung ein Kreis im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl gewinnt oder verliert. Eine Nettowanderungsrate von 1 % bedeutet, dass eine Region einen Wanderungsgewinn von einer Person pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnet.

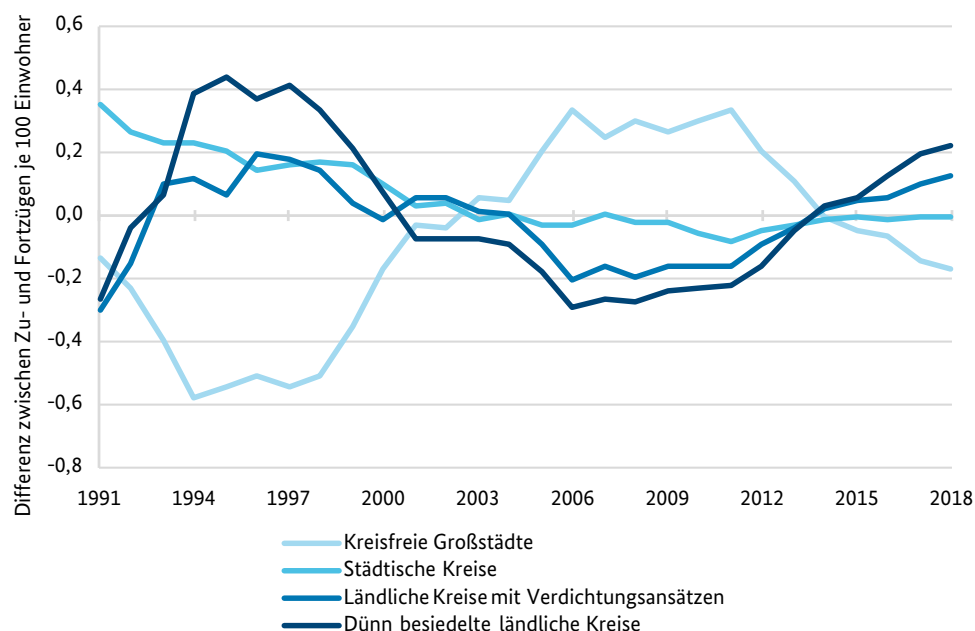
Wie in Abbildung 25 zu erkennen ist, setzte nach der deutschen Wiedervereinigung eine Phase der so genannten Suburbanisierung ein. Suburbanisierung beschreibt den Prozess der Abwanderung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen aus der Kernstadt in das Umland. Von 1991 bis 1999 war dieser Prozess besonders durch die Entwicklung in den neuen Ländern geprägt, während er im früheren Bundesgebiet bereits früher begonnen hatte. In diesem Zeitraum verzeichneten insbesondere ländliche Räume Bevölkerungsgewinne, während die kreisfreien Städte Wanderungsverluste erlitten. Von 2000 bis 2004 waren weder für ländliche noch städtische Räume deutliche Wanderungsverluste oder -gewinne zu verzeichnen. Ab dem Jahr 2005 wurde die vorhergehende Phase der Suburbanisierung

durch eine neue Phase der Urbanisierung abgelöst, die bis zum Jahr 2011 andauerte, danach begannen die Nettowanderungsraten der kreisfreien Großstädte wieder zu sinken. Im Jahr 2014 verzeichneten die kreisfreien Großstädte wieder negative Nettowanderungsraten, während die für ländliche Kreise positiv ausfallen. Diese Entwicklung deutet auf eine neue Phase der Suburbanisierung hin.

Die Wanderungsmuster für die verschiedenen Raumtypen variieren zudem über das Lebensalter. Personen der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen ziehen besonders häufig in die kreisfreien Großstädte, während städtische und ländliche Kreise negative Nettowanderungsraten für diese Bevölkerungsgruppe aufweisen. Anders verhält es sich bei den Familienwanderern (unter 18-Jährige und 30- bis 49-Jährige) sowie bei den über 50-Jährigen; Personen dieser beider Gruppen wandern häufiger in ländliche Kreise und seltener in die kreisfreien Großstädte. Zudem wird deutlich, dass durchschnittlich mehr Frauen aus ländlichen Kreisen in städtische Kreise ziehen als Männer. Insgesamt lässt sich feststellen, dass vor allem die Wanderungen junger Erwachsener sowohl zwischen den alten und den neuen Ländern als auch zwischen Stadt und Land einen deutlichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur auf regionaler Ebene haben.

1 Die deutsche Bevölkerung wird für diese Auswertung verwendet, da die hohe internationale Migration nach Deutschland in den Jahren 2014 bis 2016 zu einer Verzerrung der Wanderungsstatistik führt. Auswertungen basierend auf den Wanderungen der deutschen und ausländischen Bevölkerung führen jedoch zu den gleichen Schlussfolgerungen.

**Abb. 25: Wanderungen für verschiedene Raumtypen, 1991-2018 (deutsche Personen, Netto-
wanderungsraten)**



Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

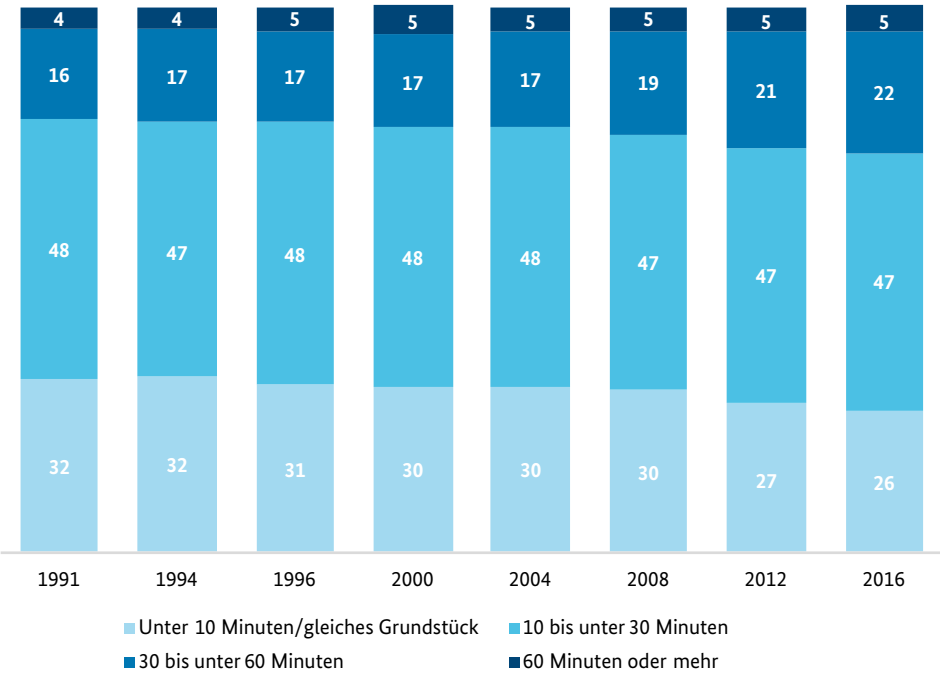
Ergänzend zu diesen Wanderungen zwischen den verschiedenen Raumtypen ist in Deutschland und anderen Industrienationen noch ein weiterer Wandel der Muster regionaler Mobilität zu beobachten: Während Umzüge stagnieren (vgl. Kapitel 5.1), entscheiden sich immer mehr Menschen für längere Pendelstrecken zur Arbeit (Rüger et al., 2018; Bun-

desinstitut für Bevölkerungsforschung, 2018). Gependelt wird vor allem aus zwei Motiven: Zum einen, um berufliche Chancen an entfernten Orten wahrnehmen zu können, ohne hierfür umziehen zu müssen. Zum anderen, um bei der Wahl des Wohnorts flexibel zu sein, ohne dafür den Arbeitsplatz wechseln zu müssen.

Wie Abbildung 26 zeigt, benötigte im Jahr 2016 mehr als jeder vierte Erwerbstätige in Deutschland 30 Minuten oder länger für den einfachen Weg zur Arbeit, was rund elf Millionen Erwerbstätigen entspricht. Anfang der 1990er Jahre waren es noch jeder Fünfte bzw. knapp acht Millionen Erwerbstätige. Jeder zwanzigste Erwerbstätige pendelte im Jahr 2016 eine Stunde oder länger. Ein Anstieg zeigt sich auch bei den Pendeldistanzen. Im Jahr 2016 legten etwa 18 % der Erwerbstätigen für den einfachen Weg 25 Kilometer oder mehr zurück. Dies sind rund sieben Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 1991. Das Pendeln hat sowohl bei Frauen als auch bei Männern im berichteten Zeitraum zugenommen, wobei Frauen durchschnittlich kürzere Wege zurücklegen als Männer.

Die Wegstrecke zur Arbeit ist für Pendler in städtischen Regionen durchschnittlich kürzer als in ländlichen Regionen, gleichzeitig ist die benötigte Fahrzeit in den Städten jedoch länger als auf dem Land. Während im Jahr 2016 in der Stadt 16 % der Erwerbstätigen einen einfachen Arbeitsweg von mindestens 25 Kilometern aufwiesen, waren es 21 % auf dem Land. Dafür benötigten in städtischen Regionen 29 % der Erwerbstätigen 30 Minuten oder länger für den einfachen Arbeitsweg, wohingegen dies auf dem Land für 23 % zutraf. Der Grund hierfür dürfte in einer höheren Verkehrsdichte in den Städten mit Staus und überlastetem ÖPNV liegen.

Abb. 26: Zeitaufwand für das Pendeln zur Arbeitsstätte (einfache Strecke) in Deutschland, 1991-2016 (in Prozent)



Datenquelle: Mikrozensus, Berechnungen und Darstellung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung



Sonderbeitrag: COVID-19 und Sterblichkeit



Quelle: Jasmin Merdan/Moment/Getty Images

Am 11. März 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 als Pandemie eingestuft. Von dieser ist auch Deutschland betroffen. Die langfristigen demografischen Folgen der SARS-CoV-2-Pandemie sind noch nicht absehbar. Unbestritten ist jedoch, dass das Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken und ggf. auch zu versterben, im hohen Alter stark erhöht ist. Dadurch weist die Analyse der Sterblichkeit als Folge der SARS-CoV-2-Pandemie eine starke demografische Komponente auf (Dowd et al., 2020). Auch in Deutschland konzentrieren sich die Todesfälle sehr stark (85%) in der Bevölkerung im Alter von 70 Jahren und älter (Stand: 20.10.2020, Quelle: RKI, 2020).

Zum besseren Verständnis der durch die Pandemie verursachten Sterblichkeit ist zunächst begriffliche Klarheit über verschiedene Maße der Sterblichkeit notwendig (Backhaus, 2020). Diese Maße werden in der öffentlichen Diskussion nicht immer strikt voneinander getrennt, sondern stellenweise sogar synonym verwendet, obwohl sie sich per Definition voneinander unterscheiden müssen.

Die Fallsterblichkeitsrate (engl. Case Fatality Rate) bezeichnet in ihrer einfachsten Form das Verhältnis der bestätigten Todesfälle infolge einer COVID-19-Erkrankung zu den bestätigten Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2. Auf Grund des hohen Anteils asymptomatisch oder milde verlaufender Infektionen, die oft nicht durch einen Test nachgewiesen werden, geht daher nur ein relativ kleiner Teil aller Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus in die Berechnung der Fallsterblichkeitsrate ein.

Die Infektionssterblichkeitsrate (engl. Infection Fatality Rate) bezeichnet dagegen das Verhältnis der bestätigten Todesfälle infolge einer COVID-19-Erkrankung zu allen Infektionen mit dem Virus SARS-CoV-2. Die Zahl der bereits innerhalb der Gesamtbevölkerung stattgefundenen Infektionen kann dabei mit Hilfe von repräsentativen Antikörpertests geschätzt werden. Da so zumindest näherungsweise alle Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus in die Berechnung der Infektionssterblichkeitsrate einfließen, fällt diese Rate deutlich geringer aus als die Fallsterblichkeitsrate. Während sie für die Bevölkerung im Mittel auf 0,68% geschätzt wird, steigt sie mit dem Alter steil an und fällt für Männer höher aus als für Frauen. Zudem variieren die bisher geschätzten Infektionssterblichkeitsraten teilweise deutlich zwischen verschiedenen Ländern und Regionen. (Meyerowitz-Katz und Merone, 2020; Mallapaty, 2020)

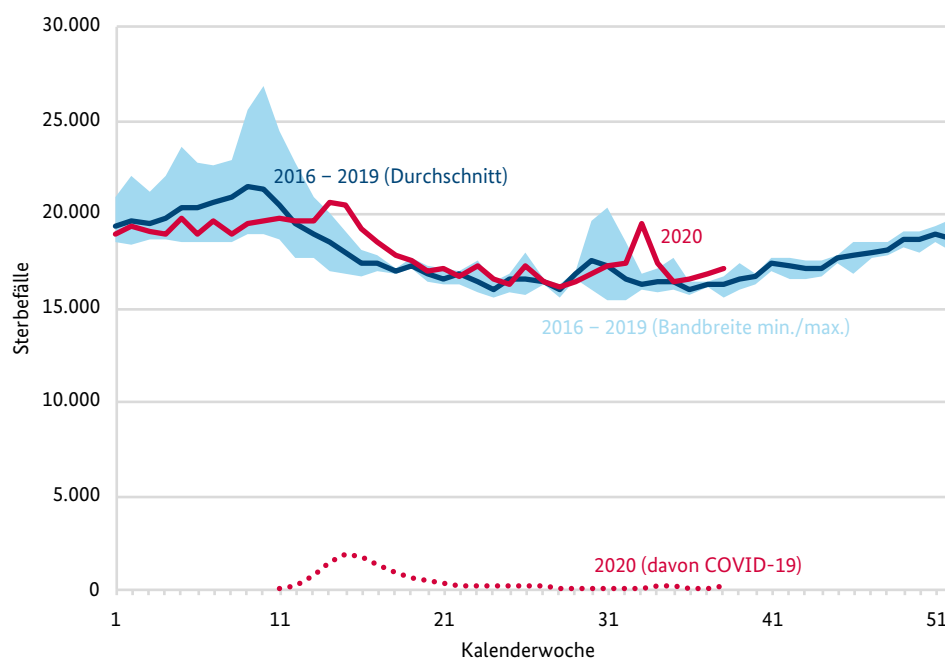
Die Mortalitäts- oder Sterberate (engl. Mortality Rate, Death Rate) schließlich bezeichnet das Verhältnis der in einem bestimmten Zeitraum an einer Krankheit Verstorbenen zur Bevölkerungszahl über denselben Zeitraum. Die Mortalitätsrate von COVID-19 wird sich daher erst endgültig und sinnvoll ausweisen lassen, wenn die Pandemie vorbei sein wird. Wird die weitere Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus in der Bevölkerung erfolgreich eingedämmt oder gestoppt, so wird die Mortalitätsrate wiederum deutlich geringer ausfallen als die Infektionssterblichkeitsrate.

Zur kurzfristigeren Beurteilung der Schwere des Infektions- und damit des Sterbgeschehens innerhalb einer von der Pandemie betroffenen Bevölkerung wird zudem häufig das Konzept der Übersterblichkeit verwendet. Eine Übersterblichkeit liegt dann vor, wenn innerhalb einer Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppe während einer klar eingegrenzten Zeitspanne mehr Sterbefälle verzeichnet werden als im Vergleich mit der zur selben Jahreszeit durchschnittlichen Sterblichkeit zu erwarten ist. Das Statistische Bundesamt stellt in einer laufenden Veröffentlichung aktuelle Sterbefallzahlen für das Jahr 2020 sowie Vergleichszahlen aus den Vorjahren bis einschließlich 2016 bereit (Statistisches Bundesamt, 2020). Dabei sei angemerkt, dass es sich bei den Sterbefallzahlen für 2019 und 2020 um eine reine Fallzählung der eingegangenen Sterbefallmeldungen aus den Standesämtern handelt, ohne die übliche statistische Aufbereitung, Plausibilisierung oder Vollständigkeitskontrolle.

Nach derzeitigem Stand sind im Monat April des Jahres 2020 8 % mehr Sterbefälle verzeichnet worden als im Durchschnitt der vier Vorjahre.¹ Abbildung 27 stellt den wöchentlichen Verlauf der Sterbefallzahlen des Jahres 2020 im Vergleich zu den Jahren 2016-2019 und im Vergleich zu den bestätigten COVID-19-Todesfällen in Deutschland dar. Der vom Durchschnitt der Vorjahre abweichende Anstieg der Sterbefälle ab Kalenderwoche 11 des Jahres 2020 verläuft gleichförmig zum Anstieg der COVID-19-Todesfälle ab derselben Kalenderwoche.

¹ Pressemitteilung Nr. 194 des Statistischen Bundesamtes vom 29. Mai 2020

Abb. 27: Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland, 2016-2020



Quelle und Darstellung: Statistisches Bundesamt (2020)

Insgesamt sind in den Kalenderwochen 13-18 des Jahres 2020 vom Statistischen Bundesamt 7.486 mehr Sterbefälle verzeichnet worden als im Durchschnitt derselben Kalenderwochen der vier Vorjahre. Gleichzeitig wurden 7.083 Todesfälle durch COVID-19 dem Robert Koch-Institut gemeldet. Die Statistik der COVID-19-Todesfälle kann daher die verzeichnete erhöhte Sterblichkeit recht gut erklären. Neben direkt mit einer COVID-19-Infektion in Verbindung stehenden Todesfällen kann es jedoch auch zu Todesfällen kommen, die indirekt mit der Pandemie zusammenhängen. So kann es durch das Vorhalten von Krankenhauskapazitäten für COVID-19-Patientinnen und -Patienten und dadurch nicht erfolgten anderweitigen Behandlungen auch zu Todesfällen kommen, die ohne die Pandemie vermeidbar gewesen wären.

Regional ist die Entwicklung der erhöhten Sterblichkeit bisher von drei Bundesländern geprägt. Die Sterbefallzahlen übertrafen in Bayern um 18 %, in Baden-Württemberg um 16 % und in Nordrhein-Westfalen um 5 % den Durchschnitt der vier Vorjahre. Im europäischen Vergleich ist das Ausmaß der erhöhten Sterblichkeit in Deutschland bisher vergleichsweise gering ausgefallen und bewegt sich auf dem Niveau einer starken Grippewelle der Vorjahre. Entscheidend dafür war die erfolgreiche Verlangsamung der Ausbreitung von SARS-CoV-2 in der deutschen Bevölkerung im Frühjahr 2020. Gegenwärtig zeigen sich noch keine signifikanten oder gesicherten Auswirkungen der Pandemie auf die demografische Situation in Deutschland.



Fazit und Ausblick



Quelle: electravk/E+/Getty Images

Insgesamt betrachtet haben sich manche Trends in der demografischen Entwicklung Deutschlands im vergangenen Jahrzehnt als unerwartet volatil erwiesen, andere nahmen eine andere Entwicklung als noch vor zehn Jahren erwartet. Hervorzuheben sind vor diesem Hintergrund folgende Entwicklungen:

- Der Rückgang der Bevölkerung wird nach derzeitigen Vorausberechnungen langsamer und in einem geringeren Umfang stattfinden als vormals erwartet wurde.
- Bei einem moderaten weiteren Anstieg des Medianalters der Bevölkerung wird insbesondere der Anteil an Hochbetagten zunehmen. Die weitere Verschiebung der Altersstruktur bedeutet, nach allem was wir heute wissen, nicht, dass die Menschen länger alt sind. Vielmehr ist mit der erhöhten Lebenserwartung primär die Ausdehnung des mittleren Erwachsenenalters vielfach bis über das 70. Lebensjahr hinaus verbunden.
- Die Fertilität zeigt unter den jüngeren Jahrgängen eine Stabilisierung auf leicht erhöhtem, aber immer noch vergleichsweise niedrigem Niveau an, bei weiter steigendem Alter der Mütter und Väter. Der Anteil der dauerhaft kinderlosen Frauen scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben und nicht weiter zuzunehmen. Bei den Akademikerinnen ist hier eine gewisse Umkehr im Sinne eines leichten Rückgangs dauerhafter Kinderlosigkeit erkennbar.
- Die Zuwanderung hat insgesamt deutlich an Umfang gewonnen und ist mit Blick auf die Herkunftsländer und die Formen vielfältiger geworden. Zunehmend bedeutet Migration nicht die dauerhafte Verlegung des Lebensmittelpunktes von einem in ein anderes Land. Vielmehr geht sie immer häufiger einher mit Pendelmigration und mit episodenhaften Aufenthalten, oftmals im Sinne der Entwicklung von zwei Lebensmittelpunkten im Herkunfts- und im Aufenthaltsland. Die regionalen Unterschiede in Deutschland sind nach wie vor beachtlich. Zielregionen für Zuwanderer sind weiterhin die westlichen Bundesländer und die großen Städte. In den ländlichen Regionen Ostdeutschlands sind die Anteile an ausländischer Bevölkerung weiterhin sehr gering und liegen oftmals unterhalb eines Anteils von zwei Prozent.
- Verändert haben sich auch die Muster der Binnenwanderung. Sie lassen sich nicht mehr mit den bisher

vertrauten Ost-West- oder Stadt-Land-Mustern erklären. Das Ost-West Wanderungsgeschehen ist aktuell ausgeglichen und seit etwa 5 Jahren ist ein beachtlicher Trend zur Suburbanisierung zu beobachten.

- Unterschiede zwischen den Regionen sind auch Anfang der 2020er Jahre noch stark ausgeprägt.

Die simple, oft lineare Fortschreibung von demografischen Trends, die noch vor ein bis zwei Jahrzehnten als gesichert galt, muss daher insgesamt mit wachsender Skepsis betrachtet werden. Bloße demografische Zahlenrelationen und hoch aggregierte Durchschnittswerte sind, wie diese Entwicklungen und Erkenntnisse der letzten Jahre gezeigt haben, nur eingeschränkt aussagekräftig. Sie unterstellen oft eine Stabilität und Homogenität, die so nicht gegeben ist. So sind „die 65-Jährigen“ des Jahres 2020 nur bedingt mit den 65-Jährigen im Jahr 1990 vergleichbar. Die Menschen bleiben heute im Durchschnitt länger gesund, aktiv und selbständig als noch vor wenigen Jahrzehnten. Gesundheit, verbliebene Lebenserwartung und Erwerbsverhalten sind nur einige der Merkmale, die sich im Zeitverlauf kollektiv verändert haben und wohl auch weiter verändern werden. Nicht allein die Zahl der Menschen, sondern auch ihr Verhalten bestimmen die demografische und gesellschaftliche Zukunft. Deshalb sind statistische Maße wie der Altenquotient kritisch zu betrachten, da sie die Heterogenität und die Volatilität nicht angemessen betrachten können. Ähnliche Probleme der Vergleichbarkeit im Zeitverlauf existieren für die Betrachtung der Fertilitätsentwicklung. Erkennbar ist, dass der aktuelle Wert der Geburtenziffer noch stark von den älteren Geburtsjahrgängen mit besonders niedriger Kinderzahl beeinflusst wird, während der Blick auf die Kinderzahl der jüngeren Geburtsjahrgänge einen leichten Anstieg in der Fertilität offenbart. Eine größere Differenzierung bedarf es auch bei der Betrachtung von Zuwanderern. Sie können nicht als homogene Gruppe betrachtet werden; zu unterschiedlich sind ihre demografischen Verhaltensweisen in Abhängigkeit von ihrer Herkunft und zu heterogen sind ihre Bleibeperspektiven und -intentionen in Abhängigkeit von ihren Wanderungsmotiven. Schließlich bleibt auch angemessen zu berücksichtigen, dass aggregierte Daten die zum Teil erhebliche regionale Disparität verschleiern, diese Disparitäten aber die demografische und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands in erheblicher Weise mitbeeinflussen werden. Viele Regionen entwickeln sich gegen den allgemeinen Trend und viele dieser Entwicklungen sind im Zeitverlauf sehr schwankend.

Gegenwärtig wachsende Kreise blicken auf sehr unterschiedliche Wachstums- oder Schrumpfungsprozesse zurück. Regionale und sozialstrukturelle Spreizungen der beschriebenen demografischen Prozesse bleiben beträchtlich und schaffen ungleiche Ausgangslagen, die bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen zu berücksichtigen sind.

In Folge des demografischen Wandels sind Lebensläufe dynamischer, brüchiger und episodenhafter geworden. Das klassische 3-Phasen-Modell des Lebenslaufs, (Ausbildung-Aktivität-Ruhestand, das weiterhin vielen sozialen Institutionen als Leitidee zugrunde liegt, hat ausgedient. Neben der Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ sollte stärker berücksichtigt werden, dass menschliche Aktivität nicht mit dem Übergang in den Ruhestand endet und gesellschaftliche Ressourcen besser als bisher erschlossen werden können. Auch sollte stärker anerkannt werden, dass auch im mittleren Erwachsenenalter immer wieder längere Phasen verminderter Erwerbsbereitschaft vorzusehen sind, sei es aus familialen oder aus persönlichen Gründen. Die gestiegene Diversität der Lebensläufe und -entwürfe erfordert flexiblere und individualisierte Regelungen und Optionen. Gleichzeitig ist die Flexibilisierung auch kein Patentrezept für alle Lebens- und Altersbereiche, sondern muss in ihrer Anreizsetzung gründlich abgewogen und ausgestaltet werden, etwa hinsichtlich der Flexibilisierung des Renteneintrittsalters (Börsch-Supan et al., 2018) und vermehrter, individuell gestaltbarer Formen des „Herausgleitens“ aus dem Erwerbslebens statt der nach wie vor dominierenden abrupten Beendigung.

Der Umgang mit der steigenden Zahl der Hochbetagten wird eine sozialpolitische Herausforderung bleiben, sowohl bei den Renten und Pensionen, bei Gesundheitsleistungen, insbesondere auch mit Blick auf die Finanzierung und Bereitstellung von Pflegekräften und -leistungen.

Als allgemein hilfreich für die Bewältigung der demografischen Herausforderungen in Deutschland, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials, dürfte sich die vergleichsweise günstige Bildungsstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik erweisen.

Eng mit dem Thema der Bildung verknüpft ist die bleibende Herausforderung der Integration der Zugewanderten. Diese betrifft in bildungspolitischer Hinsicht weiterhin die zweite und dritte Generation von Zuwanderern und auch die im

Zuge der Jahre 2015/16 nach Deutschland zugewanderten Geflüchteten und deren Nachkommen. Der Wettbewerb um international mobile Fachkräfte wird sich weiter intensivieren. Hier könnte Deutschland noch konkurrenzfähiger werden, um die richtigen Köpfe zu gewinnen und zu halten.

Eine besonders komplexe demografische Herausforderung stellt der Umgang mit den in diesem Bericht erneut aufgezeigten ausgeprägten regionalen Disparitäten in Deutschland dar. Diese Disparitäten bestehen in mancherlei Hinsicht weiterhin zwischen ost- und westdeutschen Regionen, zunehmend zeigen sich aber Unterschiede zwischen peripheren und städtischen Regionen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Regionale Strategien zur Daseinsvorsorge, die bürgerschaftliches Engagement miteinbeziehen, bieten einen politischen Ansatz, die räumlich ungleich verteilten demografischen Herausforderungen besser zu bewältigen.

Um die demografische Entwicklung in Zukunft besser beobachten, analysieren und begutachten zu können, können sich Forscherinnen und Forscher im internationalen Umfeld auf immer größere und detailliertere Datenmengen stützen. In Deutschland liegen dagegen teilweise noch beträchtliche Mängel in der Datenlage und in der Datenverfügbarkeit vor, deren Folgen für die wissenschaftliche Politikberatung durch hohe Einschränkungen des Datenzugangs für die Wissenschaft noch gravierender werden (Schneider et al., 2020). Hier gilt es, Deutschlands Wissenschaftspolitik an den Erfordernissen der demografischen Forschung des 21. Jahrhunderts auszurichten.

Die in der Vergangenheit oftmals ausgesprochenen Warnungen vor einem demografisch bedingten Abstieg Deutschlands haben insofern ihren Zweck erfüllt, als im letzten Jahrzehnt beträchtliche Anstrengungen in die Entwicklung von Anpassungs- und Gestaltungsstrategien für den demografischen Wandel geflossen sind. Diese Strategien haben an vielen Stellen bereits erste Früchte getragen. Damit sind die gesellschaftlichen und politischen Antworten auf den demografischen Wandel jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Eine sachgerechte demografieorientierte Politik ist eine bleibende Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte.

Literatur- und Datenverzeichnis

- Abel, G. J., Sander, N. (2014), Quantifying Global International Migration Flows, *Science*, 343(6178), 1520-1522.
- Azose, J. J., Raftery, A. E. (2019), Estimation of emigration, return migration, and transit migration between all pairs of countries, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 116(1), 116-122.
- Backhaus, A. (2020), Common Pitfalls in the Interpretation of COVID-19 Data and Statistics, *Intereconomics*, 55(3).
- Bell, M., Charles-Edwards, E., Ueffing, P., Stillwell, J., Kupiszewski, M., Kupiszewska, D. (2015), Internal Migration and Development: Comparing Migration Intensities Around the World, *Population and Development Review* 41(1), 33-58.
- Börsch-Supan, A., Bucher-Koenen, T., Kutlu-Koc, V., Goll, N. (2018), Dangerous flexibility – retirement reforms reconsidered, *Economic Policy*, 33(94), 315-355.
- Brücker, H., Tucci, I., Bartsch, S., Kroh, M., Trübswetter, P., Schupp, J. (2014), Neue Muster der Migration. Auf dem Weg nach Deutschland, *DIW Wochenbericht*, 81, 1126-1135.
- Brücker, H., Schewe, P., Sirries, S. (2016), Eine vorläufige Bilanz der Fluchtmigration nach Deutschland, *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Berichte*, 19/2016, Nürnberg.
- Bujard, M., Diabaté, S. (2016), Wie stark nehmen Kinderlosigkeit und späte Geburten zu? Neue demografische Trends und ihre Ursachen, *Der Gynäkologe* 49(5), 393-404.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (versch. Jahrgänge), *Das Bundesamt in Zahlen. Asyl, Migration und Integration*, Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016/2017), *Asylgeschäftsstatistik. Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik 2015/2016*, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018), *Pendelmobilität in Deutschland. Potenziale nutzen – Belastungen reduzieren. Policy Brief*.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018), *Reproduktionsmedizin und Familienplanung, Policy Brief*.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2019), *Kinderreiche Familien in Deutschland. Auslaufmodell oder Lebensentwurf für die Zukunft? Wiesbaden*.

Dowd, J.B. et al. (2020), Demographic science aids in understanding the spread and fatality rates of COVID-19, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 117(18), 9696-9698.

Engfer, U. (2018), Ruhestandsmigration und Reurbanisierung, *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning*, 76(1), 35-49.

Ette, A., Sauer, L., Fauser, M. (2021), Settlement or Return? The Intended Permanence of Emigration from Germany Across the Life Course. In: Erlinghagen, M., Ette, A., Schneider, N. F., Witte, N. (Hrsg.): *The Global Lives of German Migrants. Consequences of International Migration Across the Life Course*. Cham: Springer, 105-123.

Eurostat (2020a), Asylbewerber und erstmalige Asylbewerber nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten (gerundet) [migr_asyappctza], Stand: 01.09.2020.

Eurostat (2020b), Selbst wahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss [hlth_silc_02], Stand: 05.06.2020.

Kibele, E. U. B., Jasilionis, D., Shkolnikov, V. M. (2013), Widening socioeconomic differences in mortality among men aged 65 years and older in Germany, *Journal of Epidemiology and Community Health*, 67(5), 453-457.

Klüsener, S., Loichinger, E., Schneider, N. F., Sulak, H. (2019), Alterung und Arbeitsmarkt, Auswirkungen weniger dramatisch als vielfach befürchtet, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Policy Brief.

Kotschy, R., Sunde, U. (2018), Can Education Compensate the Effect of Population Aging on Macroeconomic Performance? *Economic Policy*, 33(96), 587-634.

Mallapaty S. (2020), The coronavirus is most deadly if you are older and male - new data reveal the risks, *Nature*, 585(7823), 16-17, doi: 10.1038/d41586-020-02483-2.

Mergenthaler, A., Micheel, F., Schneider, N.F. (2020), *Altes Eisen oder mitten im Leben? Lebenslagen, Lebensereignisse und Lebenspläne älterer Menschen in Deutschland*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin.

Meyerowitz-Katz, G., Merone, L. (2020), A systematic review and meta-analysis of published research data on COVID-19 infection-fatality rates, *International Journal of Infectious Diseases*, doi: <https://doi.org/10.1016/j.ijid.2020.09.1464>.

- Milbert, A. (2015), Raumabgrenzungen – Methodik und Entwicklung der BBSR-Typen. In: Meinel, G., Schumacher, U., Behnisch, M., Krüger, T. (Hrsg.): Flächennutzungsmonitoring VII. Boden – Flächenmanagement – Analysen und Szenarien. Berlin: Rhombos-Verlag, 2015, (IÖR-Schriften; 67), 173-179.
- Nadler, R., Wesling, M. (2013), Zunehmende Rückwanderung von Arbeitskräften nach Ostdeutschland. In: Nationalatlas aktuell, 7 (12.2013) 11 [13.12.2013], Leipzig, Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL).
- Pöttsch, O. (2018), Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, WISTA 3, Statistisches Bundesamt.
- Pöttsch, O., Klüsener, S., Dudel, C. (2020), Wie hoch ist die Kinderzahl von Männern?, WISTA 5, Statistisches Bundesamt.
- Robert Koch-Institut (RKI) (2020), Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), 20.10.2020, Aktualisierter Stand für Deutschland.
- Rüger, H., Skora, T., Linde, M., Sulak, H., Waibel, S. (2018), Vereinbarkeit von beruflicher Pendelmobilität mit Familie in Deutschland. Die Folgen für Berufskarriere und subjektives Wohlbefinden. In: Staat und Wirtschaft in Hessen 2/2018, 37-45.
- Schneider, N. F., Klüsener, S., Mueller, U. (2020), Sterblichkeit in Deutschland muss besser und schneller erfasst werden. Lehren aus der COVID-19-Pandemie. BIB Working Paper.
- Statistisches Bundesamt (2020), Sonderauswertung Sterbefälle, Fallzahlen nach Tagen, Wochen, Monaten, Altersgruppen und Bundesländern für Deutschland, Stand: 15.10.2020. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html>
- Statistisches Bundesamt (2019), Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2019), Kinderlosigkeit, Geburten und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Publikationen/Downloads-Haushalte/geburtentrends-tabellenband-5122203189014.html>
- Statistisches Bundesamt (2015), Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009), Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006), Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003), Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung

*Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) wurde 1973 mit Sitz in Wiesbaden gegründet, um Ursachen und Folgen des demografischen Wandels in Deutschland zu untersuchen. Neben der wissenschaftlichen Forschung sind die Beratung des Bundes und der Länder sowie der Wissenstransfer in die Öffentlichkeit wichtige Aufgaben des Instituts. Als Einrichtung der Ressortforschung ist das Institut dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zugeordnet. Derzeit arbeiten am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung rund 60 Personen, darunter etwa 50 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Fachrichtungen. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Norbert F. Schneider.
(www.bib.bund.de)*



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung



**Jedes
Alter
zählt**
Die Demografiestrategie
der Bundesregierung

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 65185 Wiesbaden
E-Mail: post@bib.bund.de, Internet: www.bib.bund.de

Stand

Januar 2021

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main

Gestaltung

ORCA Campaign GmbH, Alter Wandrahm 11, 20457 Hamburg

Bildnachweis

Titelbild: Alexander Spatari/Moment/Getty Images

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Bestellmöglichkeit

Artikelnummer: BMI21021

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.